

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Dienstag, den 16. Dezember 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährlich 3.30 M., monatlich 1.10 M., wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage *Die Neue Welt* 10 Pf. Postabonnementspreis 1.10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Ausschluss für Deutschland und Österreich-Ungarn 2.50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen auch Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ersteinst täglich.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Rubrik, je Seite oder deren Raum 60 Pf., für politische und gesellschaftliche Beiträge und Besprechungs-Artikeln 30 Pf. *Kleine Anzeigen*: das erste Mal 20 Pf., (zwei Mal 15 Pf., dritte Mal 10 Pf., vierte Mal 5 Pf., fünfte Mal 3 Pf., sechste Mal 2 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Stellenanzeigen das erste Mal 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Die Hetze gegen das Koalitionsrecht — ein politischer Betrug.

Aus Gewerkschaftskreisen wird uns geschrieben:

Der die Vorgänge nach im Gedächtnis hat, die vor nunmehr bald 40 Jahren zur Verhängung des Sozialistengesetzes geführt haben, und sie mit der gegenwärtigen Hetze gegen das Koalitionsrecht vergleicht, wird insbesondere die infame Hetze gegen das Streikrecht der Arbeiter mit der damaligen Attentats-hetze nebeneinander hält, der wird sehr leicht zu der Ansicht gelangen, daß die politischen Verhältnisse heute mit den damaligen manche Ähnlichkeit aufweisen.

Es ist bekannt, daß Bismarck damals den Attentats-schwindel und die ihm folgende Verhängung des Sozialistengesetzes zu dem Zwecke inszenierte, eine neue Orientierung der Handelspolitik des Deutschen Reiches, die Hochschulzollära, unter der wir heute noch leben und leiden, anzubahnen. Dazu mußte er das Bürgertum, vor allem die Mittelparteien, einschüchtern. Er tat das, indem er sie in Angst und Schrecken versetzte vor der anstürmenden Sozialdemokratie, und sie so seinen politischen Zwecken gefügig machte. Der Schwindel gelang glänzend.

Um etwas Ähnliches handelt es sich auch heute. Zwar haben die heutigen „Staatsmänner“, die die Schicksale des Deutschen Reiches und Volkes lenken, nicht nötig, sich den Kopf über eine neue Handelspolitik zu zerbrechen. Deren Ausführender, die zugleich die eigentlichen Herren im Staate sind, wollen gar keine andere Politik — aber obgleich das Schutzollsystem heute einen Umfang und eine Höhe erreicht hat, die sich ihr Vater nie hat träumen lassen, so genügt das doch den Kreisen, die heute das deutsche Volk durch die Zoll-gesetzgebung ausbeuten, noch lange nicht: Sie verlangen den „Lückenschluß Zolltarif!“

In den Freudenbecher ihrer Erwartungen haben nun die letzten Reichstagswahlen eine erhebliche Menge Vermut-tropfen geschüttelt. Die Konservativen können mit den Liberalen allein keine Majorität mehr bilden. Sie brauchen die Nationalliberalen. Und die Vorgänge nach den Wahlen haben ja auch gezeigt, daß die Reaktionen aller Schattierungen einschließlich der Regierung nichts so sehr fürchten, als die Selbst-würdigkeitsgelüste dieser Partei. Es ist ja noch in keiner Erinnerung, wie die Nationalliberalen abgekanzelt worden sind, weil sie in einem schwachen Augenblick bei der Präsidentenwahl so etwas wie liberale Anwendungen gezeigt haben. Und wie wurden und werden noch jetzt die Freisinnigen wegen des Wahlabkommens mit unserer Partei behandelt. Weil sie schließlich aus politischem Selbsterhaltungstriebe offen das gemacht haben, was ihre Ankläger so oft hinter verschlossenen Türen getan und noch öfter haben tun wollen, werden sie als der Ausbund aller politischen Schlechtigkeit hingestellt. Und die Schwarzblauen wissen natürlich warum.

Betrachtet man die ganze politische Situation unter diesem Gesichtswinkel, dann muß der politische Schwindel, der dahinter steckt, offen in die Augen springen. Gewiß ist allen Reaktionen einschließlich der Regierung das Koalitionsrecht der Arbeiter ein Grauel. Aber dieses Koalitionsrecht ist doch nur der Köder, mit dem die dummen bürgerlichen Klaxpen gefangen werden sollen — auf den sie allerdings recht lustig angebissen haben! Zuerst natürlich die Nationalliberalen, denen es wirklich darum zu tun war, ihre liberale Fregung vergeffen zu machen. Bald folgte der Hansabund. Und unter den Fortschrittlichen gibt es unsichere Kantonsisten genug, die mit dem Köder sehr verdächtig liebäugeln. Es werden auch sicher noch mehr anbeissen, wenn es nicht gelingt, ihnen noch rechtzeitig den Blick dafür zu schärfen, wofür sie wieder einmal eingefangen werden sollen; wenn ihnen der politische Betrug, zu dem sie herzugeben sie im Begriff sind, nicht zum Verständnis gebracht wird.

Die Reaktion will zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: Zu nächst soll das Koalitionsrecht der Arbeiter beseitigt und dann — und das ist für die Reaktion das bei weitem wichtigere — soll damit zugleich auf Jahre und Jahrzehnte hinaus jede Möglichkeit eines fallweisen Zusammengehens der Liberalen mit den Sozialdemokraten unterbunden werden, indem man jede fernere Verständigung bei Wahlen ein für alle mal unmöglich macht! In der Tat — eine feine Spekulation! Freilich auch eine infernalisch niederträchtige Spekulation! Gelingt dieser feine eingefasste Plan, dann ist es allerdings auf lange Zeit hinaus ausgeschlossen, daß sich die bürgerliche Linke — abgesehen von einem hoffnungslosen Häuflein bürgerlicher Demokraten — und die Sozialdemokratie zu einer politischen Aktion zusammenfinden. Denn wer sich dazu hergibt, der Arbeiterklasse eine ihrer politischen Lebensnotwendigkeiten zu rauben, mit dem ist ein Zusammengehen in anderen politischen Fragen natürlich zur Unmöglichkeit geworden. Man sieht, die Sammelpolitik, die der selige Riquel einst angebahnt hat, sie treibt noch immer ihre Blüten.

Vor allem ergibt sich hieraus, daß die deutsche Arbeiterklasse alle Ursache hat, in jeder Beziehung auf ihrer Hut zu sein. Vor allem hat sie ihr Augenmerk darauf zu richten, daß ihr nicht aus den eigenen Reihen unliebbare Ueber-traschungen bereitet werden. Damals, vor dem Sozialistengesetz, waren es die Schlässe zweier Bahnhöflicher, die den Stein ins

Rollens gebracht haben. Die Zeiten haben sich inzwischen geändert. Heute steht die Majestät des Streikbrechers zum mindesten so hoch wie die gewöhnlicher Majestäten. Heute haben es etwaige „Attentäter“ also wesentlich leichter wie damals, wenn sie ein paar „staatserkhaltende“ Schlässe abgeben wollen. Sie brauchen ihr wertvolles Haupt dabei nicht mehr in Gefahr zu bringen. Es genügt, wenn gelegentlich mal ein kleiner „Streikrawall“ inszeniert wird; wie das gemacht wird, haben wir ja in Moabit und anderswo erlebt. Und so gut sich königlich preussische Polizisten gefunden haben, die sich zum Verteilen sozialdemokratischer Flugblätter und sonstiger „gefährlicher“ Arbeiten förmlich drängten, die sich mit „Begeisterung“ an die Spitze sozialdemokratischer Wahlrechts-demonstrationen gestellt haben usw., so gut kann es ja auch einmal passieren, daß in einem zufällig zusammengeernteten Haufen Streikender oder Ausgesperrter ein Schuß losgeht, der auch mal einen Arbeitswilligen trifft... Es ist durchaus nicht anzunehmen, daß die Sorte Polizei-„Gentlemen“, die sich einstmals unter dem Sozialistengesetz ihren traurigen Ruhm erworben hat, die Hring-Rahlow und Raporra o tutti quanti, in preussischen Landen so ganz und gar ausgestorben sind. Und die Polizei verfügt ja über ein ansehnliches Arsenal von Anstaltsbüchsen alter Konstruktion, die noch immer ihrer staatserkhaltenden Verwendung harren, denen man natürlich ihre Herkunft nicht so ohne weiteres mehr ansieht. Es ist sehr stark zu fürchten, daß, wenn ein solches Ding mal in der angedeuteten Weise losgeht, das Echo dieser Schüsse im Reichstage eine Wirkung auslösen könnte, die den Reaktionen aller Schattierungen das Herz im Leibe lachen macht.

Wohl hat der jetzige Reichstag schon einmal einen Antrag auf Verbot des Streikpostens mit überwältigender Majorität abgelehnt. Aber die Tatsache, daß die Konservativen schon jetzt wieder mit einem solchen Antrage heranzöhen, ist doch der beste Beweis dafür, daß die Reaktion Morgenluft wittert. Und daß die Regierung einem solchen Antrage sehr gerne nachkommen würde, das wird ja wohl keiner bezweifeln. Wer weiß denn, ob es sich hier nicht überhaupt um bestellte Arbeit handelt, sei es zunächst auch nur, um von neuem zu sehen, wie der „Wind“ jetzt weht.

Deßhalb müssen die Arbeiter auf der Hut sein. Wieder sollte unsere Parteipresse, wie der „Sozialdemokrat“ zur Zeit des Sozialistengesetzes, von Zeit zu Zeit an der Spitze die Warnung bringen: Arbeiter, laßt Euch nicht provozieren! Denn der Spiegel geht um, der Euch das Koalitionsrecht, eines Eurer politischen Grundrechte rauben will.

Ob es gelingen wird, das freilich wird zum großen Teile davon abhängen, ob der politische Betrug gelingt, den man damit beabsichtigt.

Der Entwurf des Kommunalabgabengesetzes.

Eine der ersten Vorlagen, mit denen sich der preussische Landtag in der nächsten Session zu beschäftigen haben wird, ist der Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung des Kommunalabgabengesetzes und des Kreis- und Provinzialabgabengesetzes. Soweit sich aus dem im „Reichsanzeiger“ veröffentlichten Auszug ein Schluß ziehen läßt, handelt es sich hierbei wie bei fast allen Vorlagen der preussischen Regierung um Kladderadatsch. Anstatt das Gesetz einer kritischen Prüfung zu unterziehen, die die seit seinem Inkrafttreten verfloffenen 20 Jahre wirtschaftlicher Entwicklung berücksichtigen, begnügt man sich damit, an einzelnen Bestimmungen herum-zudoktern und glaubt, wer weiß was getan zu haben, wenn man Industrie und Handel belastet und den Agrammern einige Gefälligkeiten erweist.

Um das vorwegzunehmen, was die „Reform“ nicht bringt, sei hervorgehoben, daß von einer Steuerentlastung der kleineren Mittelklassen nicht die Rede ist. Nach wie vor sollen die Gemeinden verpflichtet sein, alle Einwohner mit einem Einkommen von mehr als 900 M. zur Gemeindeeinkommensteuer heranzuziehen. Die Grenze des steuerfreien Existenzminimums bleibt also bestehen. Bedenkt man, daß die preussische Regierung schon im Jahre 1883, also vor 30 Jahren, die Befreiung aller Einkommen unter 1200 M. von jeder direkten Steuer unter Hinweis auf die bedrückte Lage der Massen der untersten Klassen gefordert hatte, bedenkt man, daß die Regierung schon damals ausdrücklich erklärt hatte, daß bei den gegenwärtigen Preisen des Lebensunterhaltes ein so knappes Auskommen nur unter Einschränkung wirtschaftlich notwendiger Bedürfnisse des Steuerzahlers ermöglige, so wird man sich einen Begriff von der sozialpolitischen Einseitigkeit der heutigen Regierung machen können.

Inzwischen sind die Preise für den Lebensunterhalt weiter gestiegen, der Wert des Geldes ist gesunken, aber trotzdem werden alle Staatsbürger, die auch nur einen Pfennig mehr als 900 M. im Jahre verdienen, deren Einkommen also noch nicht ausreicht, um auch nur die bescheidensten Bedürfnisse zu befriedigen, nicht nur zur Staats-, sondern auch zur Gemeindeeinkommensteuer herangezogen. In England beginnt die Steuerpflicht erst bei 3200 M., aber Preußen marschiert bekanntlich in der Welt voran. Wenn auch nicht auf kulturellem Gebiet, so doch auf dem der Unterdrückung und Belastung der unbedeutenden Schichten der Bevölkerung.

Aber nicht genug damit, will die Regierung auch den Zustand bereinigen, daß die Gemeinden bereits Einkommen von weniger als 900 M. Einkommen, also so geringe Einkommen, daß selbst der Staat auf ihre Besteuerung verzichtet, zur Steuer heranzuziehen berechtigt sein sollen. Einkommen von nicht mehr als 420 M. werden

heute von zahllosen kleinen Gemeinden steuerlich erfaßt, die Möglichkeit dazu bietet ihnen der § 38 des Kommunalabgabengesetzes, den zu ändern die Regierung keinen Grund einseht. Um so mehr wird es Aufgabe unserer Vertreter im Dreiklassenparlament sein, diese Unterlassungssünde zu geseheln und aus sozialen und Gerechtigkeitsgründen mit allem Nachdruck eine ganz erhebliche Hinaufhebung der Steuergrenze zu fordern, die die Gemeinden frei zu lassen verpflichtet sein müssen. Der dadurch entstehende Einnahmehausfall kann auf andere Weise doppelt und dreifach wettgemacht werden. Man ermögliche den Gemeinden endlich die Erhebung von Zuschlägen zur Ergänzungssteuer, und man gestatte ihnen, die Zuschläge, die heute gleichmäßig sein müssen, progressiv nach oben zu gestalten. Das wären Reformen, die einen wirklichen Fortschritt bedeuten und nicht weniger den Gemeinden als den Arbeitern und dem Mittelstande zum Vorteil gereichen würden.

Auf die wirtschaftliche Lage der Arbeiter nimmt der Entwurf, wie das in Preußen ja eigentlich selbstverständlich ist, keine Rücksicht, und den Mittelstand sucht er durch einige Bestimmungen zu fördern, die sich in der Praxis als belanglos erweisen werden. So sollen Filialen auswärtiger Unternehmungen stärker als einheimische Gewerbetreibende zur Gewerbesteuer herangezogen werden können. Das bedeutet ein Zugeständnis an die sogenannten Mittelhandwerker, die durch Filialsteuern und dergl. die einheimischen Gewerbebetriebe vor auswärtiger Konkurrenz schützen zu können glauben. Ein völligeres Verkennen der Entwicklungstendenzen unserer Volkswirtschaft! Die auswärtigen Unternehmungen, die in fremden Gemeinden Filialen errichten, sind dazu imstande, einmal weil sie kapitalkräftiger sind, sodann aber, weil sie es besser verstanden haben, die technischen Fortschritte sich zu eigen zu machen als die oftmals kapitalschwachen und technisch rückständigen Kleinbetriebe. Durch Sondersteuern diese Konkurrenz zu beseitigen, ist ein aussichtsloses Beginnen. Das sollte doch selbst die preussische Regierung endlich eingesehen haben. Oder hat sie aus dem Haß der Warenhaussteuer und der Sonderbesteuerung der Konsumvereine noch immer nichts gelernt? Ebenso belanglos wird die Vorschrift bleiben, daß Bauausführungen eines Unternehmers in einer fremden Gemeinde, wenn sie länger als sechs Monate dauern, zur Steuer herangezogen werden können.

Zur Abhilfe der Finanznot der Gemeinden schlägt die Regierung eine Reihe von Maßnahmen vor. So sollen in Zukunft der Gemeindeeinkommensteuer nicht nur Vergewerkschaften unterworfen sein, sondern auch andere Vergabe betreibenden Vereinigungen, sofern sie die Rechte juristischer Personen haben, und ebenso Gesellschaften mit beschränkter Haftung, mit Ausnahme derjenigen, deren Einkünfte sachungsgemäß ausschließlich zu gemeinnützigen, wissenschaftlichen oder künstlerischen Zwecken zu verwenden sind. Auch soll fortan der Fiskus aus den zu Anstaltungs-zwecken angekauften Beständen oder aus anderen land- oder forstwirtschaftlich genutzten Grundstücken gemeindesteuerpflichtig sein. Ein Fortschritt, dessen Bedeutung man freilich nicht überschätzen darf. Allzu sehr wird der Fiskus nicht bluten.

Am heftigsten wird der Kampf voraussichtlich um die Frage der Besteuerung des Grundbesitzes entbrennen. Bisher ist es den Gemeinden völlig freigestellt, ob sie die Grundstücke nach dem Nutzungswert oder nach dem gemeinen Wert besteuern wollten. Der erste Entwurf sah eine wesentliche Beschränkung dieser Gemeindesteuerhoheit zugunsten des dauernd land- oder forstwirtschaftlichen Zwecken dienenden Grundbesitzes vor, der überall nach dem Ertragswerte besteuert werden sollte. Das war ein Entgegenkommen gegen die Agrarier und die Grundstückspekulanten. Wohl durch die scharfe Kritik des preussischen Städtetages veranlaßt, hat die Regierung diese Bestimmung etwas abgeschwächt, die Besteuerung nach dem Ertragswerte soll nur noch dann eine zwingende Vorschrift sein, wenn solche Grundstücke von ihren Eigentümern oder deren gesetzlichen Vertretern oder Ehegatten oder ehelichen Abkömmlingen selbst verwaltet werden und wenn der zuletzt für das Grundstück gezahlte Preis nicht höher ist als der Ertragswert. Das ist ein Fortschritt gegenüber dem ersten Entwurf, aber ein Rückschritt gegen den heutigen Zustand, die Regierung sucht hier den goldenen Mittelweg einzuschlagen, und die Folge wird sein, daß sie nach beiden Seiten anfängt.

Schließlich enthält der Entwurf noch eine Reihe von Bestimmungen über die Verteilung des gemeindesteuerpflichtigen Einkommens zwischen mehreren Gemeinden. Auch das ist eine heiß umstrittene Frage, deren Lösung großen Schwierigkeiten begegnet. Schwierigkeiten, die um so größer werden, je enger die wirtschaftlichen Beziehungen der Gemeinden untereinander sind und je mehr sich die Regierung den Eingemeindungsbestrebungen widersetzt.

Bei dem Widerstreit der Interessen wird es im Landtage zu langwierigen Auseinandersetzungen über die Reform kommen. Daß die Mehrheit sich bei dieser Gelegenheit auch der Interessen der Unbedeutenden annimmt, ist nicht zu erwarten. Um so mehr wird es die Pflicht unserer Genossen sein, alles daran zu setzen, um dem wertvollen Volke neue Lasten zu ersparen und neue Gefahren von ihm abzuwehren.

Alter Essig im neuen Schlauch.

Aus Paris wird uns geschrieben:

Es war weniger ein Vertrauensvotum als eine Begnadigung. Mit Herrn Doumergue könnte man sich irgendwo in französischen Süden denken, an einem Kaffeestaubisch, wo Honoratioren politisieren. Der neue Ministerpräsident hat den lokalen Akt, den bewährten Wharfenakt der radikalen Biedermeierei und eine sonnige Liebeswürdigkeit. Sagt er zum zwanzigsten Male: „wir sind wahrhaftige Republikaner, entschiedene Republikaner, Republikaner durch und durch“, und scheint er schon im Ozean des entfesselten cynischen Ge-

lächelnd verloren, sehr er selbst eine so harmlos lächelnde und ebensolch vergnügte Miene auf, daß er alle lauernden Leidenschaft der Opposition bezwingt. Die Marcelliane des unentwegten Jakobinismus verwandelt sich in ein „Profijt der Gemütslichkeit“.

Entrüstet können nur diejenigen bleiben, die sich fest darauf verlassen hatten, daß der Radikalismus die neue Gelegenheit, eine entschiedene Politik im Sinne der Demokratie und der Sozialreform zu eröffnen, beim Schopf nehmen würde und daß die Geburtsstunde des neuen Biodes da sei. Mit wohlwollender Würdigung der gegebenen Schwierigkeiten hätten die sozialistischen Freunde der Kooperation der Volksparteien die Bedingungen so billig als möglich gestellt. Mit einem ganz sanften Versprechen, einer höflichen Verbeugung vor dem „Prinzip“ der demokratischen Seeresorganisation hätte sich Der v. b. begnügt, wenn der gute Wille wenigstens in der Abschlagszahlung einer Annuität für die Opfer der Soldatendemonstrationen und der Einstellung der politischen Verfolgungen zum Ausdruck gekommen wäre. Aber nichts von alledem. Oder vielmehr hat das neue Ministerium, statt die militärische Jugendausbildung und die bessere Ausnutzung der Reservisten zur Ablösung der dreijährigen Dienstzeit vorzuschlagen, wie dies das Programm von Van fordert, sie als Zutat, als Verstärkung des Kasernenmilitarismus präsentiert. In der Regierungserklärung heißt es ausdrücklich: „unabhängig von der Dienstzeit“. Was sein, daß manche von den Ministern es anders meinen. Aber entscheidend ist, was die Regierung sagt. Denn bisher waren Regierungserklärungen immer nur unerreichbare Maxima, niemals aber überschrittene Minima des Handelns.

Mit dieser Stellung des Ministeriums in der Militärfrage war die Stellung der Sozialisten zum Ministerium entschieden. Die Zusagen in bezug auf die Steuerreform waren nichts, was unsere Genossen den Eintritt in die Neutralität unterlag hätte. Das sozialpolitische Programm ist gleich Null. Nicht einmal von der Durchsetzung des Mindestlohngesetzes für die Seimarbeiterinnen und des Rehnstundengesetzes im Senat sieht etwas darin. Die Sozialisten haben deshalb dem Kampf zwischen den bürgerlichen Parteien und Klüngeln gleichmütig zugesehen und sich bei der Abstimmung über das Vertrauensvotum einhellig enthalten.

In der Auseinandersetzung zwischen den bürgerlichen Gruppen handelte es sich nicht um grundsätzliche, sondern um Personenfragen. Gewiß wirkte dahinter der alte Gegensatz zwischen der reaktionären, hierarchischen Bourgeoisie und den durch die republikanische, antiklerikale Ideologie verbundenen städtischen und ländlichen Klassen. Als Generalanwalt der reaktionären Politik wurde Briand von der Rechten und vom Zentrum begrüßt, aber seine Intervention entsprang einem persönlichen Bedürfnis. Das neue Ministerium hat sich gegen ihn konstituiert und ihm sogar einige seiner Gefolgsleute entführt. Der Radikalismus des Programms aber schrumpfte zur moralisierenden Proklamation eines Antibriandismus ein. Briand trat diesem Achtungsversuch kaltblütig entgegen und nagelte die Radikalen auf ihren eigenen Prinzipienbrett fest. Er besorgte das virtuos, mit unheimlicher Logik. Daß ein Briand über den Radikalismus Gericht halten kann, ist schon dessen Beurteilung. Gesichtlich betrachtet ist der Verrat einer Klasse ein weit schwereres Verbrechen als private Kummererei. Aber auch die heuchlerische Jugendhaftigkeit, die nach Briands Stichtwort gegen den Finanzier Caillaux zu Felde gezogen ist, war ebenso todsüchtig wie verführerisch. Wenn der notorisch prostituierte „Fiaaro“ die vaterlandslosen Pläne der nach profitlichen Auslandsreisen lüsterne Großfinanz entrüstet denunziert hat und Herr André Desverre gestern als der Sachwalter des Britanismus der Kontermine aufrat, war das für die Sozialisten kein Anlaß, sich mit der sich erblickenden bürgerlichen Jugend an einen Tisch zu setzen.

Politische Uebersicht.

Der Wehrbeitrag.

Anfang November hat der Bundesrat eine Verordnung über die Veranlagung des Wehrbeitrages erlassen. In einzelnen Bundesstaaten sind hierzu in der Zwischenzeit noch besondere Ausführungsvorschriften ergangen; in anderen Staaten steht der Erlaß solcher Vorschriften noch aus. Die Veranlagung zum Wehrbeitrag schildert Regierungsrat Vuck in der „Deutschen Juristen-Zeitung“ unter Zugrundelegung dieser Ausführungsvorschriften, besonders der preussischen, in folgender Weise:

Die Veranlagung des Wehrbeitrages und die Verbindlichkeit mit den anderen Bundesstaaten erfolgt durch Aufstellung von Listen. In die Wehrbeitragsliste sind alle natürlichen subjektiv steuerpflichtigen Personen aufzunehmen, von denen zu vermuten ist, daß sie ein Vermögen von mehr als 10 000 M. oder Einkommen von mehr als 5000 M. haben. Für die Zuständigkeit der Bundesstaaten zur Veranlagung und Erhebung des Wehrbeitrages sind maßgebend die Wohnsitz- und Aufenthaltverhältnisse des Beitragspflichtigen am 31. Dezember 1913, wobei in Preußen die Einkommensteuer-Veranlagungskommissionen für die Veranlagung bestimmt sind. Stellt sich heraus, daß ein Beitragspflichtiger in mehreren Bundesstaaten oder Veranlagungsbezirken Vermögen oder Einkommen besitzt, so hat die zuständige Veranlagungsbehörde die in den Bundesstaaten befindlichen Vermögensgegenstände zum Zwecke des Wehrbeitrages vom Vermögen zusammenzurechnen. Eine Zusammenrechnung der in den Bundesstaaten befindlichen Einkommensteuern ist im Wehrsteuergezet nicht vorgesehen, aber durch § 42 Bundesverfassung den Behörden zur Pflicht gemacht.

Vermögen, die den Betrag von 10 000 M. nicht übersteigen, sind steuerfrei, ebenso Einkommen unter 5000 M., wobei als Einkommen das gesamte (eventuell aus mehreren Bundesstaaten zusammengerückte) Einkommen eines Steuerpflichtigen gilt, einerlei, ob es in einem Bundesstaat laudessteuerpflichtig ist.

Als Einkommen im Sinne des Wehrbeitrages gilt dasjenige steuerpflichtige Einkommen, das für das Steuerjahr 1914 veranlagt wird. Dabei gilt als für die Bemessung des Wehrbeitrages maßgebend das niedrigste Einkommen derjenigen Steuerstufe, in der der Beitragspflichtige zur Einkommensteuer veranlagt ist. Steuerermäßigungen auf Grund besonderer Bestimmungen in den Einkommensteuergesetzen, z. B. Kinderprivileg usw., bleiben außer Betracht, der Wehrbeitrag wird also vom ungekürzten Einkommen erhoben. Besondere Bestimmungen sind getroffen, wenn Vermögen und Einkommen aus Vermögen zusammenreffen, indem hierbei zur Vermeidung der Doppelbesteuerung ein Betrag von 5 Proz. als wahrscheinliche Verzinsung des Vermögens abgezogen wird. Die preussische Ausführungsvorschrift gibt u. a. hierfür folgendes Beispiel:

E. hat 12 500 M. Kapitalvermögen und ist zur Einkommensteuer nach einem Einkommen von 5200 M. veranlagt. Auf den abgerundeten Betrag von 12 000 M. entfällt ein Wehrbeitrag von 18 M. Zur Ermittlung des Wehrbeitrages sind zunächst 5 Proz.

des wehrbeitragspflichtigen Vermögens = 600 M. von dem Einkommen von 5200 M. abzuziehen. Das verbleibende Einkommen von 4600 M. ist nach dem Tarif mit 1 Proz. wehrbeitragspflichtig, obgleich es nach der Kürzung 5000 M. nicht übersteigt. Der Wehrbeitrag vom Einkommen beträgt sonach 46 M. Der Gesamtwehrbeitrag stellt sich auf 18 M. + 44 M. = 62 M., er ist auf drei Jahresbeiträge von je 20 M., mithin auf 60 M. abzurunden.

Bei der Veranlagung des Wehrbeitrages werden nicht die Vermögen der Angehörigen des Beitragspflichtigen zusammengezählt. Das Vermögen der Kinder wird eventuell getrennt zum Wehrbeitrag herangezogen. Als Frist für die Abgabe der Vermögenserklärungen ist in Preußen die Zeit vom 4. - 20. Januar 1914 bestimmt. Spätestens am 15. Dezember soll die Veranlagungskommission die öffentliche Aufforderung zur Abgabe der Vermögenserklärungen erlassen. Ein formelles Verfahren zur Erörterung der Vermögenserklärungen ist nach dem Gesetz nicht vorgeschrieben. Die Veranlagungskommission kann ohne Verhandlungen das Vermögen und Einkommen anders annehmen, als es der Steuerpflichtige angegeben hat. Gegen die Veranlagungs- und Feststellungsbescheide steht die Verurteilung und gegen deren Entscheidung die Beschwerde an die oberen Instanzen zu.

Ohne Religionsunterricht keinen Pfennig!

Die westfälischen Provinzialbehörden sind in letzter Zeit in dem Bestreben, dem Staatsgesetz über die ländlichen Fortbildungsschulen Geltung zu verschaffen, auf hartnäckigen Widerstand gestoßen. In den Ausführungsanweisungen zu diesem Gesetz heißt es, „daß die Einführung von Religionsunterricht in den Lehrplan der ländlichen Fortbildungsschulen nicht zulässig ist“. Dem sind die Provinzialbehörden gefolgt und haben versucht, entsprechende Beschlüsse in den Gemeinden zustande zu bringen. Aber das Zentrum in Westfalen sagt: „Nein! so etwas gibt es bei uns nicht. Die religiöse Erziehung mag je einmal gesichert sein, wir wollen den Kaplan in der Schule wissen!“

Dagegen hat nun der Oberpräsident in den letzten Wochen und Monaten mit Güte anzukämpfen versucht. Ein Erfolg ist ihm, besonders nach den programmatischen Rundgebungen einiger Zentrumstagungen nicht beschieden gewesen. Die Durchführung des Gesetzes läßt insolge dessen dort, wo das Zentrum herrscht, auf sich warten.

Neuerdings kommen auch die Kreisräte dem Zentrum zu Hilfe. So kann das „Westf. Volksblatt“ in Paderborn berichten, daß der Kreisrat des Paderborner Kreises „nahezu einstimmig“ folgende Entschließung angenommen hat:

„Der Kreisrat hält die Einführung des obligatorischen Religionsunterrichts in den Lehrplan der ländlichen Fortbildungsschulen für durchaus erforderlich. Der Kreisrat ist daher zunächst nicht in der Lage, den Gemeinden des diesseitigen Kreises Weisungen zur Erziehung von ländlichen Fortbildungsschulen zu erteilen, so lange nicht die in kurzen zu erwartende Klarstellung bezüglich des Religionsunterrichts erfolgt ist.“

Das Volksblatt schreibt dazu: „Wir zweifeln nicht, daß der Kreisrat mit diesem Beschluß der ganz überwiegenden Mehrheit der Kreiseingelehrten aus der Seele gesprochen hat, indem diese den Religionsunterricht gerade für die 14 bis 18 jährigen Jünglinge als das wesentliche Erziehungsmittel betrachtet, ohne welches das bloße Wissen nicht zu einer gedeihlichen Entwicklung führen kann.“

Ein charakteristischer Vorgang: Die oberen Provinzialbehörden stehen um des Gesetzes Erfüllung mit der Andeutung, daß sich ja doch alles schon finden werde; aber die vom Zentrum beeinflussten Gemeinden und Kreisräte sperren kurzerhand die Temporellen und pochen darauf, daß die „Arbeit in kurzen zu erwarten“ ist. Was unter dieser Klarheit zu verstehen ist, braucht nicht ausgeführt zu werden; und man kann gespannt darauf sein, ob etwa nun die allgemeinen preussischen Ausführungsbestimmungen auf das Kommando des westfälischen Zentrums geändert werden.

Giesberts Lob.

Den christlichen Gewerkschaftsführer Giesbert, der in der „Kölnischen Volkszeitung“ für verschärfte Strafbestimmungen gegen die „Auswüchse des Koalitionsvertrags“ eintritt, hat sein Schicksal rasch ereilt. Freudig bewirkt spendet ihm die „Kölnische Zeitung“ ihr Lob. Mit Recht nimmt die „Kölnische Zeitung“ die nebenher erfolgte Anklage des Herrn Giesberts, daß die Gewerkschaftskrisen „Abwehrmaßnahmen“ ergreifen werden, wenn die Gesetzgebung gar zu scharf wird, nicht ernst. Sie schreibt spöttlich:

Wenn man von dem Vorbehalt im letzten Satz absieht, (Das sind die „Abwehrmaßnahmen“, D. Red.) der offenbar nur gemacht ist, um sich für alle Fälle die Hand freizuhalten, darf der Reichstagsrat mit dieser Aufnahme zufrieden sein. Sie ist allerdings deshalb besonders freudig, weil Herr Giesberts die parlamentarische Anwendung neuer Bestimmungen gegen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen erwartet. Das ist ganz selbstverständlich, und gerade von der Rationalisten Partei wissen wir, daß sie den Terrorismus von Arbeitgebern, die den Arbeitern wegen ihrer Zugehörigkeit zu Organisationen Schwierigkeiten machen, gerade so beurteilt, wie die Bedrohung Arbeitstätiger durch organisierte Arbeiter. Wenn deshalb die Anklage des Reichstagsrats den nichtsozialdemokratischen Arbeitern die Gewissheit gebracht hat, daß es sich nicht um eine Beeinträchtigung des Koalitionsrechts handelt, sondern um eine Abstellung schwer empfundenen Mißstände, so können wir mit der Entzückung zufrieden sein und die sozialdemokratischen Einwendungen, nach denen die Erklärungen des Kanzlers „ein Entgegenkommen gegen die Scharfmacher“ sind, auf sich beruhen lassen.

Die Scharfmacher sind also mit der „Entwicklung“ der christlichen Gewerkschaften zufrieden. Hand in Hand mit den christlichen Arbeitgebern wollen sie „schwer empfundene Mißstände“ abstellen. Auf dem deutschen Arbeiterkongress haben die Giesberts und Konforten die unentwegten Verteidiger des Koalitionsrechts gemimt; jetzt beginnen sie schon mit dessen schlimmsten Feinden freundschaftliche Händedrucke zu wechseln. Damit eröffnet sich die traurige Ansicht, daß wir christliche Arbeitervertreter auch bei den Anschlägen auf das Koalitionsrecht in den Reihen der Arbeiterfeinde finden werden, wie sie ja auch bei der Reichsversicherungsordnung geschlossen haben, die Interessen der Arbeiter niederzutreten.

Der Kronprinz als Generalführer.

Der Kronprinz ist plötzlich vom Kommando der Leibhusaren entbunden und in den großen Generalführer versetzt worden. Daß es sich um eine plötzliche Versetzung handelt, geht deutlich daraus hervor, daß die vom Kronprinzen bewohnte Villa in Langfuhr erst kürzlich vom Hofmarschallamt auf weitere Zeit, nämlich bis zum Herbst 1914, gemietet worden ist. Liberale Blätter behaupten, daß man den Kronprinzen in eine andere Umgebung bringen wolle.

Moralhelden.

Vor einigen Tagen hatte das zahlungsunfähige Publikum Köln eine Sensation: Maxime Garden, in tadellosem Gesellschaftsbereich gab eine großstädtige Vorstellung und ließ die Seifenblasen seiner verschobenen Anschauungen lustig tanzen. Aus seinen Weisheitsreden verdient ein Satz festgehalten zu werden:

„Man muß lägen, viel mehr lägen im Interesse des Reiches.“

Die eleganten Zuhörer und Zuhörerinnen nahmen diese Weisheit, die der Herausgeber der „Zukunft“ in langjähriger Arbeit erworben hat, entzückt hin. Die „Kölnische Volkszeitung“ dagegen (Nr. 1072) ist ob dieser Verwilderung im heiligen Köln doch erschrocken und dennoch deshalb kräftig auf der schwarzen Moralpauke herum:

Mit voller Entschiedenheit und mit voller Entrüstung muß daher Gardens Satz zurückgewiesen werden, nicht nur von christlichem Boden aus, sondern vom Boden der natürlichen Moral und vom Boden der Interessen des Reiches! Eine Moral mit doppeltem Boden, eine Moral für die Politik, eine andere Moral für das Privatleben, eine andere für die Großen und eine andere für die Kleinen, das kann und darf es nicht geben. Wer eine solche Moral konstruiert, liefert damit Wasser auf die Mühle des Unsturzes und verwirrt die besten Kreise des deutschen Volkes in ihrem natürlichen sittlichen Empfinden.

Wir sind so frei, zu diesem Wasserlieferanten auf die Mühlen des Unsturzes auch das fromme Zentrum und seine Presse zu rechnen. Sie verstehen die Lügentheorie Gardens allezeit in die Praxis umzusetzen.

Wünsche der unteren Beamten.

Die Vorstände der Organisationen der unteren Beamten haben in Berlin eine Versammlung abgehalten und der neugegründeten „Sozialen Arbeitsgemeinschaft der unteren Beamten“ nahegelegt, darauf hinzuwirken:

1. Daß seitens der gesetzgebenden Körperschaften im Reich und in Preußen unverzüglich die erforderlichen Schritte unternommen werden, um die infolge andauernder Teuerung außerordentlich drückend gewordene wirtschaftliche Lage der unteren Beamten noch im kommenden Etatsjahre durch eine Novelle zum Besoldungsgesetz ausreichen zu verbessern.

2. Daß eine baldige Revision der Gesetze über den Wohnungsgeldzuschuß im Reich und in Preußen durchgeführt und dabei die Wohnungsverhältnisse und das erhöhte Wohnbedürfnis der unteren Beamten und ihrer meist zahlreichen Familien besonders berücksichtigt werde. Außerdem ist der verhältnismäßig höhere Mietaufwand für die kleineren Wohnungen der unteren Beamten in einer entsprechend erhöhten Bemessung des Wohnungsgeldes zum Ausdruck zu bringen.

3. Daß die Bestimmungen über das Arbeitsmaß, die Dienst- und Ruhezeiten und den Erholungsurlaub im Wege gesetzlicher Vorschriften zeitgemäß geändert werden.

4. Daß in den heutigen Verhältnissen angepaßtes einheitliches Beamtenrecht geschaffen werde, daß vor allem lebenslängliche Anstellung für alle unteren Beamten und Abschaffung der Arreststrafe bringe.

Reichstagswahlwahl in Offenburg-Wehl.

Eine am Sonntag in Offenburg stattgefundene Kreisversammlung des 7. badischen Reichstagswahlkreises stellte einstimmig als Kandidaten der Sozialdemokratie den Genossen Weiler, Redakteur in Mühlhausen i. Pf., auf. Der frühere Vertreter des Kreises, Deloncourt Schäfer, hat die ihm vom Zentrum angebotene Kandidatur nach anfänglichem Weigern wieder angenommen. Die Liberalen haben bekanntlich Stadtrat Kösch-Karlruhe wieder aufgestellt.

Gegen die Militärdiktatur.

Eine Protestversammlung der fortschrittlichen Volkspartei gegen das preussische Sölderegiment nahm in Düsseldorf einen stürmischen Verlauf. Referent war der elsch-lothringische Landtagsabgeordnete Wolf-Ströckung. Die Altsachsen traten nach Effener Rezept außerordentlich provokatorisch auf. Von dem sozialdemokratischen Diskussionsredner wurde an Stelle der elsch-lothringischen Frage die Verfassungsfrage in den Vordergrund gerückt und der „Fortschritt“ um eine unmissverständige Stellungnahme ersucht. Darauf erklärte der frühere Reichstagsabgeordnete Dr. Heinz Rothhoff unter dem Beifall der Versammlung, daß der Reichstag nur eine Antwort auf die Reichstagsfrage der militärischen Willkür durch den Kriegsminister haben könne, indem er den Militäretat ablehne. Schließlich genüge aber auch schon, wenn man dem Kriegsminister das Gehalt verweigere! — Das Zentrum, die stärkste bürgerliche Partei im Düsseldorfener Kreise, schwieg sich in allen Tonarten aus!

Scheu vor der Öffentlichkeit!

Nach dem Vorfall des Oberleutnants Eben verhandelte am Montag das Kriegsgericht der 2. Gardebataillon gegen zwei Offiziere und einen Wachmeister. Angeklagt waren der Hauptmann Sootmann vom Telegraphenbataillon Nr. 5, Leutnant Burckhardt vom Telegraphenbataillon Nr. 4 und Wachmeister Frisch von dem gleichen Truppenteil. Die Verhandlungen wurden unter strengstem Ausschluß der Öffentlichkeit durchgeführt. Nach der Verlesung der Anklage beantragte der Vertreter der Anklage den Ausschluß der Öffentlichkeit. Das Gericht beschloß, für die ganze Dauer in nichtöffentlicher Sitzung zu verhandeln, weil eine Gefährdung der militärischen Interessen zu befürchten sei. Die Vorgänge, die der Anklage zugrunde liegen, haben sich während der letzten Herbstmanöver in Bernsdorf zugetragen. Es waren auch mehrere Zivilzeugen, darunter der Gemeindevorsteher von Bernsdorf geladen. Nach mehrstündiger Verhandlung wurde folgendes Urteil in öffentlicher Sitzung verkündet: Der Angeklagte Hauptmann Sootmann wird unter Freisprechung von der Anklage im übrigen wegen Achtungsverletzung zu drei Tagen Stubenarrest verurteilt. Die Angeklagten Leutnant Burckhardt und Wachmeister Frisch werden von der Anklage der Unbotmäßigkeit freigesprochen. Auch die Begründung des Urteils erfolgte unter Ausschluß der Öffentlichkeit.

Weistig mindertwertig und doch reif für das Gefängnis.

Selten wird wohl ein Urteil so den Widerspruch herausfordern und Aufsehen erregen, als wie das vom Obersten Kreisgericht gegen den Musikfregatkapitän von 83. Infanterieregiment in Oppeln gefällte. Am 10. Juli kam Blauwold von Stellung, wo er wegen Fahnenflucht eine Strafe verbüßt hatte, zu seinem Truppenteil zurück. In der Nacht vom 23. zum 24. Juli desertierte er abermals, nur mit Hemd, Unterhose und Pantoffeln besetzt. Aus einem Reudau stahl er sich Kleidungsgegenstände und fuhr dann mit der Eisenbahn als blinder Passagier nach Oberdieseln, wo er sich durch einen Schaufensereindruck Nahrungsmittel verschaffte. Wegen dieser neuen Delikte wurde Blauwold abermals vor das Kriegsgericht gestellt. Hier machte er zu seiner Entschuldigung geltend, daß er in der fraglichen Nacht unter schweren Kopfschmerzen gelitten habe und er nicht wisse, wie das über ihn gekommen sei. Da auch sonst Zweifel an der Zurechnungsfähigkeit des angeklagten Musikfregatkapitän, der einen stupiden Eindruck macht, aufstachlen, wurde er von militärischen Sachverständigen untersucht und beobachtet. Die Ermittlungen ergaben, daß Blauwold schon als Schüler gegenüber den anderen zurückblieb. Später unternahm er unsäte Wanderungen durch ganz Deutschland und im Ausland, wobei er wiederholt mit den Behörden in Konflikt geriet. Weiter stellten die militärischen Sachverständigen fest, daß er eine notorische Trinkerfamilie entstamme, erblich belastet ist und von Jugend an menschlichen war und zu Sonderbarkeiten neige. Seine Vorgesetzten bezeichnen ihn als einen

Menschen, der willig sei und sich große Mühe gebe, die ihm gestellten Aufgaben zu erfüllen. Von den Sachverständigen wird B. für nicht normal gehalten, sondern für eine Person, die bei Begehung der Tat unter Zwangsvorkellungen gehandelt habe, aber dennoch für sein Tun verantwortlich (1) sei. Mit Rücksicht auf den schweren Krankheitszustand empfahlen die Sachverständigen aber eine milde Strafe.

Wahrscheinlich aus Grund dieser Gutachten beantragte dann der Anklagevertreter auch „nur“ 2 Jahre und 14 Tage Gefängnis, 4 Jahre Ehrverlust und Verweisung in die 2. Klasse. Das Gericht erkannte auf die schwere Strafe von 1 Jahr und 14 Tage Gefängnis!

Wegen angeborener geistiger Minderwertigkeit ist der Verurteilte auf Verfügung des Generalkommandos inwischen als dienstunbrauchbar vom Militär entlassen worden, aber trotzdem wurde er für seine Taten voll verantwortlich gemacht und hart bestraft. Wer vermag das Rätsel zu lösen?

Der deutsche General in Konstantinopel.

Die Türkei hat den General Biman v. Sanders für fünf Jahre in ihre Dienste genommen und ihm das Kommando des I. Armeekorps, das in Konstantinopel liegt, übertragen. Dagegen hat die Tripelentente, wie kürzlich mitgeteilt, durch ihre Boten protestiert. Namentlich die russische Presse führt eine scharfe Sprache und erklärt, daß die Uebertragung des Kommandos von Konstantinopel an einen deutschen General die Aufhebung der Freiheit der Dardanellenstraße bedeuten könne. Im Ganzen macht die Erregung aber einen etwas gekünstelten Eindruck und wird wohl nur zu dem Zweck inszeniert sein, der armen Türkei unter dem Titel „Kompensationen“ weitere Zugeständnisse an die Mächte der Tripelentente zu erpressen.

Portugal.

Sozialistische Gemeindevahlzige in Portugal.

Bei den Gemeindevahlen vom 7. Dezember haben die Sozialisten zum erstenmal in mehreren Städten ihre Vertreter durchgebracht. Wie die Lissaboner „Arbeiterstimme“ meldet, wurden in Porto, der großen Handelsstadt Nordportugals, 11 Sozialisten gewählt. In Covilha erhielt die Partei die absolute Mehrheit und siegte noch in einer Reihe anderer Gemeinden.

England.

Polizeibrutalitäten gegen die Suffragetten.

London, 15. Dezember. Gestern abend kam es im Arbeiterviertel Eastend zu einem Zusammenstoß zwischen Polizei und Anhängern des Frauenstimmrechts. Eine Menge von 200 Personen versuchte vor den Häusern der Stadträte, die den Anhängern des Frauenstimmrechts die Benutzung eines städtischen Saales verweigert hatten, eine Kundgebung zu veranstalten. Die Polizei forderte die Menge auf, die Straße zu räumen. Trotzdem begann eine Frau, eine Rede zu halten. Darauf griff Polizei zu Pferde und zu Fuß die Menge an. Die Menge schützte sich unter Schreidrufen. In der Dunkelheit wurden mehrere Frauen und Kinder mit Füßen getreten, es wurde jedoch niemand ernstlich verletzt. Mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen. Die Straße ist bedeckt mit zerrissenen Fahnen, Hüten, Stöcken und anderen Trümmern.

Holland.

Arbeiterchutzpläne in Holland.

In der schriftlichen Antwort auf den Sektionsbericht über seinen Etat hat der holländische Arbeitsminister Treub auf Drängen der Sozialdemokraten einige Mitteilungen über seine Pläne zur Arbeiterchutzgesetzgebung gemacht. Er kündigt ein Gesetz zur Einschränkung der Arbeitszeit für sämtliche erwachsenen Arbeiter an, scheint aber damit keine sehr radikalen Maßnahmen zu beabsichtigen, denn er erklärt schon jetzt, daß er mit der internationalen industriellen Konkurrenz zu rechnen habe. Ein besonderes Gesetz wird die Nachtarbeit in den Bädereien abschaffen und damit eine Reform bringen, die schon vereinzelt vergeblich in der Volksvertretung zu verwirklichen versucht wurde. Auch eine gesetzliche Regelung der Hausindustrie wird vorgeschlagen, wobei aber ein Minimum nur insofern gesetzlich vorgeschrieben sein soll, als es notwendig erscheint, um gewisse Formen der Hausindustrie zu beseitigen. Der Minister beabsichtigt schließlich, die Arbeit für Frauen und jugendliche Personen in den Spinnereien und Webereien am Sonnabendmittag zu verbieten.

Mexiko.

Die Niederlage der Rebellen.

Mexiko, 15. Dezember. Nichtamtliche Depeschen bestätigen die Nachricht von der Niederlage der Aufständischen bei Lampico. Die Aufständischen haben alle Lokomotiven und Wagen der Eisenbahn mit sich genommen. Die Bundesstruppen berichten, daß 800 Aufständische getötet worden sind, ehe sie sich aus dem Feuerbereich der Geschütze retten konnten. Es wird keinerlei großer Sachschaden gemeldet.

Kaub und Nord.

New York, 15. Dezember. Nach einer Depesche aus El Paso, welche die Berichte amerikanischer, deutscher und spanischer Flüchtlinge wiedergibt, ist General Villa tatsächlich und beschränkter Machthaber von Chihuahua. Er weist die Forderungen der Vertreter des Auslandes zurück und hat sich des Eigentums der Ausländer, das auf 5 Millionen Dollar eingeschätzt wird, bemächtigt. Außerdem hat er zwanzig Mexikaner hinrichten lassen. Zu dem beschlagnahmten Eigentum gehört auch ein Depot, dessen Wert auf 1.500.000 Dollar geschätzt wird. Es gehört deutschen, englischen, französischen und spanischen Interessenten. Andere Depots, welche Spaniern gehören und einen schätzungsweise Wert von 3.500.000 Dollar darstellen, sind ebenfalls beschlagnahmt worden. General Villa hat die Kaufleute aller Nationen wissen lassen, daß sie große Summen zur Unterstützung der Rebellen zu zahlen haben.

Aus der Partei.

Anatole France über den Sozialismus.

London, 12. Dezember. (Fig. Ber.) Anatole France, der größte Schriftsteller Frankreichs, wollte in den letzten Tagen in London, wo ihm von der ganzen Weltliteratur ein überaus herzlicher Empfang bereitet wurde. Am 11. Dezember sprach er in einer von der hiesigen Gesellschaft anberaumten Versammlung, in der auch die Genossen Shaw, Symonds und Reid die Worte nahmen. Der französische Meister, der sich seit Jahren zum Sozialismus bekennet, und öffentlich für ihn eintritt, hielt eine Rede über den Sozialismus, die Gefahren des Militarismus und die Ruchlosigkeit des Krieges. Wir wollen hier einige Stellen aus der Rede zitieren.

Anatole France sagte unter anderem: „Als Sozialist treue ich mich, diesen Abend unter Sozialisten zu weilen. Ich bin schon

seit einer Reihe von Jahren Sozialist und werde mit jedem Tage mehr Sozialist. Ich bin Sozialist, weil der Sozialismus die Gerechtigkeit ist; ich bin Sozialist, weil der Sozialismus die Wahrheit ist; der Sozialismus wird aus dem Lohnsystem so unermüdlich hervorgehen, wie das Lohnsystem der Leibeigenschaft folgte. Man kann den Fortschritt des Sozialismus verneinen, doch nur weil die meisten Menschen den Bestand dessen verneinen, wovon sie sich fürchten.“

„Wenn wir auf dem Festlande gegen diese oder jene Menschen-Gruppe kämpfen, muß man nicht denken, wie manche Ihrer Landsleute zu denken geneigt sind, daß dies ein Kampf gegen Personen ist, den wir führen: es ist ein Kampf für eine Idee. In England glauben viele, daß die politische Partei, die die Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit in Frankreich verursacht hat, nur die nationale Sicherheit im Auge hatte, aber wir wissen recht gut, daß die Rückkehr zur dreijährigen Dienstzeit in Frankreich weit mehr durch Erwägungen sozialer Art als durch Gedanken über die Verteidigung gegen fremde Nationen herbeigeführt worden ist; sie bildet einen ersten Versuch zur rücksichtslosen Organisation der Gesellschaft; sie richtet sich wenigstens ebenso sehr gegen das französische Proletariat wie gegen mögliche Eindringlinge; sie gilt ebenso sehr unserer Arbeiterföderation wie der Rücke in den Vogesen, die den militärischen Durchbruch ermöglicht. Wenn diese reaktionären Minister und Herakliten Abgeordneten, diese Geschäftsmänner, die zurzeit die Geschäfte unseres Landes leiten, wirklich um die nationale Verteidigung besorgt gewesen wären, so würden sie eher alles andere vorge schlagen haben als die Rückkehr zu den Verursachern, deren Unzulänglichkeit wohlbekannt ist. Sie würden sich an die lebendige Kraft der Demokratie gewandt haben, sie würden ein Volk in Waffen, die größte und einzige Zuflucht eines freien Landes, geschaffen haben. Aber das lag unseren Herrschenden nicht am Herzen. Sie wünschten das Land nur zu militarisieren, um es leichter regieren zu können.“

Andererseits haben wir englischen, deutschen und französischen Sozialisten zusammen ein gemeinsames Ideal, einen gemeinsamen Willen, und das ist der Wille zum Frieden. Daß zwischen Deutschland und Frankreich eine sentimentale Abneigung besteht, und daß zwischen Deutschland und England eine wirtschaftliche Rivalität besteht, leugnen wir nicht; aber wir leugnen, daß es zwischen diesen drei großen Nationen einen fundamentalen, unverzöhnlichen Gegensatz gibt. Wir verlangen deshalb, daß aller Feindschaft zwischen ihnen ein Ziel gesetzt, und daß alle Feindseligkeit aus der Welt geschafft wird. Der Krieg würde heute nichts mehr entscheiden. Die Zeiten sind dahin, als der Erobrer das besiegte Volk zerstören und es in die Sklaverei stoßen konnte. Ein Krieg würde jetzt ein nutzloses Unheil, ein vergebliches Verbrechen sein.“

Totenliste der Partei.

Zum Tode des Genossen Kiem wird uns noch aus Dresden geschrieben:

Am Sonnabend abend gegen 7 Uhr ist Landtagsabgeordneter Genosse Kiem im Johannstädter Krankenhaus in Dresden an Herz- und Nierenschwäche gestorben. Er war seit 1900 Redakteur des Dresdner Parteiblattes, seit 1909 sächsischer Landtagsabgeordneter. Der Verstorbene stand in den ersten Reihen der Bewegung und war in ihr ungefähr 20 Jahre tätig. Vor einer Woche besuchte er noch die Sitzungen im Landtag. Sein Zustand verschimmerte sich schnell, sodaß Kiem fast hoffnungslos am Mittwoch voriger Woche in das Krankenhaus gebracht werden mußte. Der Verstorbene war auch viele Jahre im Vorstand der Ortskrankenkasse, eine Zeit lang erster Vorsitzender der Parteioffiziere der Wahlkreise Dresden-Stadt. Er vertrat in der Zweiten Kammer den 8. ländlichen Wahlkreis (in der Provinz), wo er 1909 unter dem neuen Wahlrecht in der Stichwahl mit Hilfe des kleineren Teiles der Freiwahligen gewählt wurde. Im Parlament besetzte er sich mit Geschick an den Arbeiten in den Kommissionen und im Plenum, er gehörte zu den häufigeren Rednern der Fraktion. A. war von Beruf Schriftsetzer. Nach Dresden kam er Anfangs der 90er Jahre von Burzen, wo er am dortigen Parteiblatt tätig war. In Dresden war er zunächst als Schriftsetzer, dann als Korrektor tätig; 1900 wählte ihn die Pressekommission auf eine neue Redakteurstelle. Auch als Versammlungsredner und Agitator war der verstorbene Genosse sehr tätig, und als solcher in ganz Sachsen bekannt. Die Partei übertrug ihm wiederholt Delegationen und andere Ehrenämter und auch auf den Ortskrankenkassen-Kongressen war er eine beliebte Persönlichkeit.

Der Tod hält reiche Ernte unter den Dresdener Genossen. Kaum ist Heimann vor einigen Tagen in seine Gefilde gegangen und vor einigen Monaten August Raden — dessen Schenke am Sonntag besetzt wurde — und schon wieder mußte einer unserer Besten sein Leben, noch nicht 46 Jahre alt, beschließen. Die Genossen werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren!

Vom Niedergang der Sozialdemokratie. In Nürnberg wurde eine Demonstration für den Sozialdemokratischen Verein veranstaltet. Trotz der Kälte, die besonders schwer auf der Nürnberger Arbeiterschaft lastet, konnten rund 1600 Neuauftretungen erzielt werden. Wieder ein Beweis dafür, daß die Sozialdemokratie den „Krebstanz“ geht.

Aus Industrie und Handel.

Kriegsschädigungen. Das kaiserliche Konsulat in Saloniki berichtet: Der Abbruch des Friedens zwischen Griechenland und der Türkei Mitte November hat die Geschäftslage in Saloniki nicht erheblich verbessert. Die Unsicherheit über die Reorganisation des griechischen Majordoms, über Veränderungen im Zollwesen und Grenzverkehr und damit über die Möglichkeit, die Handelsverbindungen nach den wichtigen Plätzen des früheren Hinterlandes, namentlich nach Lesbos, jezt Skopje, und Konstantin in Neuserbien, wieder aufzunehmen und aufrecht zu erhalten, ist bestehen geblieben und der Bahn- und Schiffsverkehrs, besonders der erstere, bereitet dem Handel noch große Schwierigkeiten. Die Lust zu bestellen fehlt für Waren, deren Absatz, besonders nach dem Innern des Landes und über die neuen Grenzen, nicht sicher ist. Die Aussichten für den Export nach Saloniki haben sich für die nächste Zeit entschieden verschlechtert infolge der neuen Gebietsverteilung, der Verminderung und Auswanderung eines großen Teiles der Bevölkerung. In Serbien werden große Anstrengungen gemacht, damit die Kaufleute im neuorganisierten Gebiet ihre Waren aus Belgrad beziehen.

Soziales.

Vom Kornwalzer zur Abortinspektion.

Im Jünderbetrieb der Krupp'schen Fabrik ist, wie die Essener „Arbeiterzeitung“ berichtet, anlässlich der Inbetriebsetzung einer neuen Abortanlage ein besonderer Abortwächter eingestellt. Ihm ist die „Wohlfahrtsaufgabe“ zugefallen, darauf zu achten, daß die Arbeiter sich — nicht zu lange in dem Abort aufhalten und daß sie während der Verrichtung ihres Bedürfnisses eine aufrechte Haltung einnehmen. Gewissenhaft waltet der Abortwächter seines Amtes, die Einzelzeit und einheitliche Haltung für die Geschäfte des verschiegenen Orts zu kontrollieren. Er überwacht auch, ob nicht „gemogelt“ wird. Zu diesem Zweck überzeugt er sich „von hinten“ durch Aufheben der Jacken, ob auch durch Abwägen der Hosen dem „Ernst der Situation“ hinreichend Rechnung getragen ist. Die

Gewissenhaftigkeit des Abortwächters hat viele Meldungen zur Folge. Die Meldungen — Ordnungsstrafen. So wurde ein Arbeiter wegen Lesens im Abort mit Strafe belegt. Er beschwerte sich und ihm wurde vom Betriebsführer bedeutet, er hätte durch seine Körperhaltung nicht den Anschein erwecken sollen, als ob er lese.

Krupp ist dem römischen Kaiser Vespasian (regierte 69–79) weit über. Vespasian hatte eine Steuer auf Anstalten zur Befriedigung lechterer Bedürfnisse gelegt. Sein Sohn Titus hielt ihm vor, das sei doch anrührend. Da hielt der sparsame Vater dem geruchempfindlichen Sohn das erste aus der Steuer eingekommene Geld mit der Frage vor die Nase, ob es röche. Die Antwort non olet (es riecht nicht) ist zum geflügelten Wort geworden. In Frankreich nennt man zur Erinnerung an diese merkantile Fähigkeit des Kaisers die Bedürfnisanstalten noch heute Vespasiennes (sprich: Vespasiem). Krupp ist dem Vespasian über. Er münzt Geld aus der Haltung und aus der Länge der Zeit, die beim Abprüfen schwerer Geschosse verwendet ist. Das riecht nicht mehr, das stinkt zum Himmel. Die Auserlegung von Ordnungsstrafen und die Kontrolle sind grobe Verstöße gegen die guten Sitten. Nach §§ 134 und 135 der Gewerbeordnung wie nach § 128 des Bürgerlichen Gesetzbuchs sind die entsprechenden Vorschriften der Arbeitsordnung unzulässig, die Auserlegung von Strafen unzulässig. Aber was tut's? Die Gewerbeinspektoren erhielten einen Rüssel, als sie im Jahre 1901 vom Zentralverband der deutschen Industriellen erlassene Vorschriften als gegen die guten Sitten verstößend bezeichneten. Der Verein erklärte, was gegen die guten Sitten verstöße, hätten allein die Scharfmacher zu bestimmen, deren Vorsitzender Krupp's Dirigent ist.

Und der Verstoß gegen Gesetz und gute Sitten (Ausschluß des § 618 des Bürgerlichen Gesetzbuchs) zielt heute noch die Arbeitsordnungen. „Krupp ist der Staat“, meinte ein Angeklagter vor dem Kriegsgericht, das wegen der Kornwalzer verhandelte. Was Krupp tut, das ist wohlgeant, mag es sich um die Benutzung der Kornwalzer oder um die Ausnutzung der wirtschaftlichen Abhängigkeit der Arbeiter und um Ehrverletzungen gegen sie handeln.

Städtische Wohnungsfürsorge.

In Göttingen hat sich bei einer Revision der Kleinwohnungen herausgestellt, daß eine ganze Anzahl in absehbarer Zeit polizeilich geschlossen werden muß. Am rechtzeitig Ersatz zu schaffen, hat die Stadtverwaltung mit dem Spar- und Bauverein G. m. b. H. einen Vertrag abgeschlossen über den Bau von Kleinwohnungen. Die Stadtverwaltung überzahlt dem genannten Verein ein 2000 qm großes Grundstück im Norden der Stadt unentgeltlich, das durch Verkauf auf 8900 qm gebracht wird. Dieses Grundstück ist mit 16 Häusern zu bebauen, die insgesamt 115 Wohnungen mit Küche und zwei oder drei Räume enthalten. Jedes Haus hat Vor- und Hintergarten und in der Mitte der Häuser befindet sich ein 5000 qm großer Gartenspielplatz. Die kleineren Wohnungen kosten 210, die größeren 290 M. Miete. Dieser billige Preis ist nur dadurch möglich, daß die Landesversicherungsanstalt den größten Teil des Bankkapitals und ferner die Stadtverwaltung weitere 140 000 M. zu einem ganz niedrigen Zinssatz leiht, bei dem sie alljährlich aus den Zinsen der Kaiser-Wilhelm-Regierungsjubiläum-Stiftung in Höhe von 40 000 M. noch drauflegt. Der dritte Teil der Häuser muß am 1. Oktober 1914, 1915 und 1916 zu beziehen sein. Die Vermietung von 39 Wohnungen hat sich der Magistrat an städtische Arbeiter und Untere Beamte vorbehalten. Die städtischen Kollegien haben dem Verträge mit dem Spar- und Bauverein einstimmig zugestimmt.

Kampf gegen die Schule.

Die schwarze Reaktion in Bayern möchte eine Wühlerei gegen das Schulgesetz inszenieren, die von dem oberbayerischen Bauernverein, einer reinen Zentrumorganisation, geführt wird. Es handelt sich um nichts geringeres, als um das Bestreben, die Gangenschulen auf dem Lande durch Volksschulen zu ersetzen. Der Verein hat eine Kommission eingesetzt, die entsprechende Eingaben an die Behörden auszuarbeiten hat, von den einzelnen Gemarkungsgenossen des Vereins wird die Aktion durch Resolutionen unterstützt. In einem Artikel des Dr. Feinschen Bauernblattes wird für die Sache lebhaft Propaganda gemacht und ein eingehendes Programm entwickelt. Danach soll der bisherige läugliche Unterricht von 5 und 6½ Stunden auf 2½ und 3 Stunden herabgesetzt werden. Der Zweck dieses volkshenkeidlichen Unternehmens wird in folgenden Sätzen unerbittlich kundgegeben:

„In Gemeindeumlagen könnte auf diese Weise viel erspart werden. Das Wichtigste aber ist, daß dadurch neue Arbeitskräfte für die Landwirtschaft gewonnen würden. Die Schüler der oberen Jahrgänge müßten an den Nachmittagen zur Verrichtung von ihrer Arbeitskraft angemessenen Arbeiten zur Verfügung gestellt werden. Die Einführung der Volksschule wäre darum die größte Wohltat für die Bauern und ihre Kinder.“
Durch die größere Ausbeutungsmöglichkeit der Kinderarbeit macht man den Bauern die Sache schwärzer. Nebenbei wird auch noch erreicht, daß — und das ist wohl der Hauptzweck — die Kinder nicht allzu viel von der verfluchten Bildung in sich aufnehmen. Das gibt dann williges Stimmvieh für die Zentrumspartei. Bei der gegenwärtigen Zusammensetzung des Landtags ist die Gefahr, daß derartige reaktionäre Bestrebungen zum Durchbruch gelangen, nicht gar zu gering.

Letzte Nachrichten.

Die deutsche Militärmission in Konstantinopel.

Wien, 15. Dezember. (Meldung des Wiener l. l. Telegr.-Korr.-Bureaus.) Nach Informationen aus diplomatischen Kreisen hatte die vorgestrigte Demarche der Vertreter der Tripel-Entente hauptsächlich die Anfrage zum Gegenstande, ob die Dardanellen und der Bosporus unter das Kommando des Chefs der deutschen Militärmission gestellt seien. Während des heutigen diplomatischen Empfangs hat der Großwesir diese Demarche mündlich beantwortet und erklärt, daß die Truppen an den Meerengen nicht unter das Kommando von Limas gestellt seien.

Vom österreichischen Buchdruckerstreik.

Breg, 15. Dezember. (B. G.) Die passive Resistenz der hiesigen Escher dauert an. Ein Teil der Morgenblätter wird morgen nicht erscheinen, da die Zeitungen nicht gesetzt werden können.

Vraouröse Tat einer Fliegerin.

Paris, 15. Dezember. (B. G.) Die englische Aviatikerin M. A. Bisheton Harbord ist mit einem Passagier heute vor-mittag von dem Flughafen in Hendon abgeflogen, um über den Kanal nach Paris zu fliegen. Die Pilotin ist über dem Kanal in einen dichten Nebel geraten und irrte 2½ Stunden über dem Meere umher, bis sie endlich in der Nähe von Rouen landete. Nachdem sie neues Benzin aufgenommen hatte, setzte sie ihren Flug nach Paris fort, wo sie heute nachmittag ankam.

A. Wertheim

heute billige Lebensmittel

Wurstwaren	Frisches Fleisch	Fische	Geflügel	Obst und Gemüse
Holsteiner Zervelatwurst in Fettdarm Pfund 1.35	Pa. Ochsenfleisch Pfd. 1 M.	Kabeljau ohne Kopf, in ganzen Fischen Pfund 25 Pf.	Brathühner Stück 1.30 bis 2.40	Amerikan. Aepfel . Pfund 28 Pf.
Schinken nach Prager Art zum Backen u. Kochen, Pfund 1.30	Fr. Schinken i. Ganzen, Pfd. 80 Pf.	Seelachs ohne Kopf in ganzen Fischen Pfund 25 Pf.	Suppenhühner Stück 1.40 bis 2.60	Kalifornische Aepfel Pfund 38 Pf.
Lachsschinken in ganzen u. halben Stücken Pfund 1.90	Schweinekotelettes . Pfund 1 M.	Schellfisch 2-4 Pfd., Pfd. 26 Pf.	Gänsepökelfleisch Pfund 68 Pf.	Belle Fleures Aepfel Pfund 20 Pf.
Gänsebrust in ganzen und halben Stücken Pfund 1.60	Kamm und Schuft . Pfund 85 Pf.	Rotzungen Pfund 26 Pf.	Butter Koch- u. Backbutter Pfund 1.10 und 1.18	Kochäpfel Pfund 13 16 Pf.
Schinkenspeck in Stücken von 1 1/2-4 Pfd., Pfd. 1.20	Bauch und Liesen . . Pfund 75 Pf.	Bratschollen . . . Pfund 16 Pf.	Tischbutter Pfund 1.28, 1/2 Pfund 64 Pf.	Kochbirnen Pfund 15 Pf.
Aus eigener Wurstfabrik:	Rückenfett Pfund 60 Pf.	Tarbutt Pfund 45 Pf.	Tafelbutter Pfund 1.36, 1/2 Pfund 68 Pf.	Kanarische Bananen Pfd. 28 Pf.
Rotwurst Pfund 55, 75 Pf.	Eisbein (Dickbein) . . Pfund 70 Pf.	Steinbutt Pfund 80 Pf.	Tafelschmalz . . . Pfund 68 Pf.	Ananas Pfund 75 85 Pf.
Landleberwurst . . Pfund 90 Pf.	Rindertalg ausgelassen, Pfd. 60 Pf.	Zander Pfund 68 Pf.		Almeriatrauben . . . Pfund 45 Pf.
Pastetenleberwurst Pfund 1.15	Winter-Kartoffeln	Lachs in ganz. Fischen, Pfd. 50 Pf.		Apfelsinen Dutzend 30 38 45 Pf.
Jagdwurst Pfund 1.10	Weißer Ztr. 1.85 Dabersche Ztr. 2.40	Frische Karpfen Pfund 55 Pf.		Mandarinen Pfund 28 Pf.
Teewurst Pfund 1.30	Zusendung durch die Paketfahrt Zentner 40 Pf. Sacke 25 Pf. Pfand.	Frische Schleie Pfund 55 Pf.		Mandarinen Kiste 25 Stück 95 Pf.
		Lebende Karpfen Pfd. 85 u. 95 Pf.		Wal- u. Haselnüsse Pfund 45 Pf.
		Lebende Schleie Pfund 1.15		Taranüsse Pfund 55 Pf.
		Seemuscheln . 100 Stück 30 Pf.		Datteln Karton 35 Pf.
				Blumenkohl . Kopf 15 20 25 Pf.
				Rosenkohl Pfund 15 Pf.
				Sellerie Knolle 5 8 12 Pf.

Theater.
Dienstag, 16. Dezember 1913.
Anfang 6 Uhr.
Eines Palast am Zoo. Variété. Lichtspiele.
Anfang 6 1/2 Uhr.
Eines Rollendorf-Theater. Variété. Lichtspiele.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Kgl. Opernhaus. Cavalleria rusticana. Palast.
Kgl. Schauspielhaus. Graf Ehrenfried.
Deutsches. Hamlet.
Königgrätzer Straße. Die fünf Frankfurter.
Jirtus Busch. Galavorstellung.
Jirtus Schumann. Galavorstellung.
Anfang 8 Uhr.
Urania. Mit dem Imperator nach New York.
Deutsches Künstler-Theater. Schirin und Gertraude.
Lesung. Pygmalion.
Kammerstücke. Bettlerelenden.
Theater am Rollendorfsplatz. Der Mikado.
Theater des Westens. Polenblut.
Berliner. Wie einst im Mai.
Deutsches Opernhaus. Nanon Lescaut.
Deutsches Schauspielhaus. Die heitere Residenz.
Thalia. Die Langobarden.
Sondienhaus. Hinter Mauern.
Montis Operetten. Die ideale Gattin.
Schiller O. Geschäft ist Geschäft.
Schiller Charlottenburg. Am Tage des Gerichts.
Residenz. Hohheit — der Franz.
Metropol. Die Reise um die Welt in 40 Tagen.
Kaffee. Ferdinand der Tugendhafte.
Kleines. Die Sippe.
Lustspielhaus. Die spanische Fliege.
Trianon. Seine Geliebte.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Die Kinofönigin.
Gerrnfeld. Was sagen Sie zu Weibchen?
Hollo. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sönger.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Luisen. Kasernenluft.
Solos Caprice. Der Student.
Walhalla. Wolkenbummler.
Admiralspalast. Die lustige Puppe.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Neues Volkstheater. Der Graf von Charolais.
Anfang 9 Uhr.
Berliner Gispalast. Eisport.
Eines Rollendorf-Theater. Variété. Lichtspiele.
Sternwarte. Invalidenstr. 57-62

Deutsches Schauspielhaus
8 Uhr: Die heitere Residenz.
Theater des Westens.
8 Uhr: Polenblut.
Mittwoch u. Sonnabendnachm. 4 Uhr:
Das tapfere Schneiderlein.
Sonnt. Nm. 3 1/2, 11: Der liebe Augustin.
Theater am Rollendorfsplatz 5.
8 Uhr: Mikado. 8 Uhr.
Morgen Mittw. nach 4 Uhr zu kleinen Preisen: Frau Holle.
Residenz-Theater
8 Uhr: Hohheit — der Franz!
Aufsässige Grotte in 3 Akten von Arthur Landberger und Blüt Wolf.
Musik von Robert Winterberg.
Abend 8 Uhr: Hohheit — der Franz!
Lessing-Theater.
8 Uhr: Pygmalion.
Lustspiel von Bernard Shaw
Deutsches Künstlertheater
Sozietät.
Nürnbergstraße 70/71, am Zoo.
Kasse: Rollendorf 1393.
Dienst. 8 Uhr: Schirin und Gertraude.
Mittw. 3 1/2, 11 Uhr: Tancan-Schule.
Lange und Reigen.
Mittwoch 8 Uhr:
Schirin und Gertraude.
ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Fröhliche Weihnacht.
Weihnachtsstück mit Gesang
in 5 Akten von L. Ottomeyer.
Anfang 8 Uhr.
Mittwoch:
Berlin wie es weint und lacht.

URANIA
Taubenstraße 48/49.
8 Uhr:
Mit dem „Imperator“ nach New York.
Passage-Panoptikum
50 wilde Kongoweiber
Männer und Kinder
in einem eigens aufgebauten Kongodorf.
Der Frochschluckler.
Die gr. Kino-Variété-Vorstellung von 5 (Sonntags 3) bis 11 Uhr.
Trianon-Theater.
Täglich abends 8 Uhr:
Seine Geliebte.
Sonntagnachm. 3 1/2: Die Liebe wacht.
Vereinigte Berliner Volksbühnen.
Luisen-Theater.
8 1/2 Uhr: Kasernenluft.
Schauspiel in 4 Akten von Stein und Söngen.
Walhalla-Theater.
8 1/2 Uhr: Wolkenbummler.
Hoffe in 3 Akten von Herrn Stein.
Musik von Karl Krüger.

Metropol-Theater.
Abends präzis 7 Uhr 35:
Die Reise um die Erde in 40 Tagen.
CINES PALAST
am Zoo.
Täglich Anfang 6 Uhr.
Sonntags 3 Uhr: Matinee
Kompl. Programm großer Variété-Akte
sowie unsere renommierten Lichtspiele.
Preise von 65 Pfennig an.
Friedr.-Wilhelmstädt. Theater.
Operetten-Gastspiel
zum 250. Male:
Die Kino-Königin.
Operette in 3 Akten
von Georg Ofenowski u. Julius Freund.
Musik von Jean Gilbert.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.

Zirkus Alb. Schumann.
Heute Dienstag, 16. Dezbr., abends 7 1/2 Uhr:
Große Novitäten-Vorstellung.
Neu! U. a.: Neu!
Mad. Therese Reuz mit ihren dressiert. Elefanten und Ponnys.
Neu! Biben u. Bob Neu: Vokal-Imitatoren.
Neu! Mac Sovereign Neu! Mutator im Diabolospiel u. die übrig. Dezemb.-Attrakt.
Um 9 1/2 Uhr:
Nur noch kurze Zeit!
Tango vor Gericht!
Pantomimische Burleske in 3 Akten mit Gesang u. Tanz.
WINTERGARTEN
Rita Sacchetto
Serene Nord | Robert Steidl
D. Venus im Bade
und die von Publikum und Presse
glänzend beurteilten
Dezember-Attraktionen!
Rauchen gestattet!
APOLLO THEATER
Friedrichstraße 218
Tel. Lützow 1737
Costantino Bernardi
und das grosse
Variété-Programm!
Rauchen überall gestattet!
Beginn: 8 Uhr.
Ab 7 1/2 Uhr: KONZERT

Zirkus Busch.
Heute Dienstag, d. 16. Dezember, abends 7 1/2 Uhr:
Das Tagesgespräch von Berlin!
„Pompeji“
bildet zurzeit die große Originalausst. Part. des Zirkus Busch in 5 glänzenden Akten. Besonders hervorzuheben: Das Bachusfest — Das große Amphitheater — Das pompejanische Bad — Der Ausbruch des Krakater — Borher das große Spezialitäten-Programm.
Kapt. Halling.
Eine Korbpothene im Artist-Bald.
Voigt-Theater
Gedächtnisfeier.
Morgen Mittwoch, den 17. Dezember:
Heimg'unden.
Weihnachtskomödie
in 3 Akten von Ludwig Angenruber.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.
UT
Lichtspiele
Union-Palast
Kurfürstendamm 26
Bavaria-Haus
Friedrich- u. Taubenstr.
Unter den Linden 21
Moritzplatz
Hasenheide
Weinbergsweg 16-17
Reinickendorfer Str. 14
Schöneberg, Hauptstr. 49
Programme des guten Geschmacks.
Casino-Theater
Lothringer Str. 37. Täglich 8 Uhr.
Das glänzende Dezember-Fest-Programm.
Gastspiel der Amerikanischen Sensation
„Im Bulboog-Tingel-Tangel.“
Dazu seit Oktober total ausverkauft:
Ferdinand der Tugendhafte.
Sonntag 4 Uhr: Der Denunziant.
Folies Caprice.
Der Kuckuck.
Anfang 8 1/2 Uhr: Manöverschwindel.
Die Samuels.
Admiralspalast.
Eis-Arena. — Allabendlich das neue mit durchschlagendem Erfolg aufgeführte Eisballett
Die lustige Puppe.
Beginn der Vorstellung 8 1/2 Uhr.
Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr halbe Kassenpreise.
Berliner Uk-Trio
Adr. Neukölln Lahnstr. 74L
Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Schiller-Theater O.
(Wallner-Theater).
Dienstag, abends 8 Uhr:
Geschäft ist Geschäft.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Heimg'unden.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Wilhelm Tell.
Schiller-Theater
Charlottenburg.
Dienstag, abends 8 Uhr:
Am Tage des Gerichts.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Was ihr wollt.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Jugendfreunde.
Theater in der Königgrätzer Straße
8 Uhr:
Die fünf Frankfurter.
Komödienhaus.
8 Uhr: Hinter Mauern.
Berliner Theater.
8 Uhr:
Wie einst im Mai.

MARMORHAUS
LICHT-SPIELE
(An der Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Kirche)
Kurfürstendamm 236.
Wiederum Bomben-Lach-Erfolg!
Rita Sacchetto
in
Die weiße Dame.
Lustspiel in 3 Akten
und der phänomenale neue Spielplan.
Vorstellungen: 5, 7, 9 Uhr.
Reichshallen-Theater
Stettiner Sönger
Ziegenbein's
Künstleragentur
und Winkanten-Weihnachten.
Nächste Nachm.-Vorstellungen:
25. Dezember,
26. Dezember
und
28. Dezember.

Eröffnung morgen
nachmittag 5 Uhr
Tauenzien-Palast
Besitzer
Heinrich Braun
Piccadilly

Berliner Uk-Trio
Adr. Neukölln Lahnstr. 74L
Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Partei- und Gewerkschaftsgeossen!

Denkt an die Weihnachtsbescherung der Arbeitslosen und ihrer Kinder.

Liefert so schnell als möglich die Listen ab. Schnelle Hilfe ist doppelte Hilfe.

Es gingen ferner ein:

- Ein den Angestellten der „Vollstärker“, gewerkschaftlich-geosenschaftliche Versicherungs-Vereinsgesellschaft Hamburg, Rechnungsführer Berlin, Engelauer 18, 30, ...

- 2. 1259 14,35. 2. 1260 9,10. 2. 1261 15,75. 2. 1262 17,50. 2. 1263 47,70. 2. 1264 21,90. 2. 1265 47,50. H. G. 08. Turbine: 2. 2153 48,70. 2. 2154 38,75. 2. 2155 50,80. 2. 2156 24,25. 2. 2158 01,00. 2. 2159 23,95. 2. 2160 18,20. 2. 2163 52,50. 2. 2164 17,65. 2. 2166 29,75. 2. 2167 28,10. 2. 2168 26,25. 2. 2169 23,50. 2. 2172 63,35. 2. 2174 30,00. 2. 2175 53,30. 2. 2178 27,50. 2. 2181 14,85. 2. 2182 25,75. 2. 2184 19,50. 2. 2185 29,00. 2. 2186 30,75. 2. 2187 47,95. 2. 2188 21,40. 2. 2189 36,50. 2. 2190 33,25. 2. 2192 37,20. 2. 2193 22,50. 2. 2194 12,05. 2. 2197 61,00. 2. 2198 17,30. 2. 2200 48,75. 2. 2202 20,00. 2. 2203 42,05. 2. 2204 47,40. 2. 2205 7,95. 2. 2207 15,35. 2. 2209 34,20. 2. 2210 45,45. 2. 2211 36,60. 2. 2212 44,50.

Gewerkschaftliches. Terrorismus-Material.

Wo die Unternehmer noch nicht dazu erzogen sind, die Heberzeugung ihrer Arbeiter zu achten und sich um ihre gewerkschaftliche Zugehörigkeit nicht zu kümmern, da gebrauchen sie rücksichtslos ihre wirtschaftliche Macht zur Unterdrückung der organisierten Arbeiter.

Mit dem Dinauswurf dieser vier wegen ihrer Organisationszugehörigkeit war der Plan des Herrn Nikolaj aber noch nicht voll zur Ausführung gebracht. Der erste Vorsitzende der Zohlsche Kreuzzug des Brauereiarbeiterverbandes arbeitete in der Kreisfabrik Löwenberg in Kreuznach.

Unter Bezugnahme auf unsere geistige Beipredung teile ich Ihnen folgendes mit: Das Kreuznacher Brauhaus in Kreuznach eröffnete mir heute, daß es den Bezug von Holz bei mir einstellen würde, da der Heizer H., der bei mir beschäftigt ist, gegen das Bier des Kreuznacher Brauhauses fortgesetzt agitiert.

Es ist nicht daran wahr, daß der Heizer H. gegen das Bier des Kreuznacher Brauhauses agitiert, diese Behauptung des Herrn Nikolaj ist nur ein vorgeschobener Grund.

Diesen durch nichts zu beschönigenden Terrorismusakt empfehlen wir den für eine Vernichtung des Koalitionsrechtes der Arbeiter emsig tätigen Materialiensammlern.

Berlin und Umgegend. Ein Arbeitswilligentransport

ging gestern vormittag um 10 Uhr 30 Minuten vom Anhalter Bahnhof in Berlin nach Jansbrud ab. Er war allerdings nur zehn Mann stark; aber auch das ist bedauerlich genug.

Kleines Feuilleton

Roger Naz, der erste Vertreter des modernen Kunstgewerbes in Frankreich, ist in Paris im Alter von 54 Jahren gestorben. Er war von Jugend an Beamter der staatlichen Kunstverwaltung, blieb aber frei von bürokratischer Verdrückung.

Die Verlosung die Damen in sein Konzert koste. Einen amüsanten Beitrag zur Psychologie des Pariser Konzertpublikums, das Verlosung gut zu kennen scheint, enthält ein Brief des berühmten Musikers, der dieser Tage in Paris bei Charabaz verkauft wurde.

München. Die Münchener Hofoper, die sich für das Schaffen Wolf-Ferraris viel übrig hatte, brachte wenige Tage nach der Dresdener Premiere des schaffensreichen Komponisten neues bettetes Rosenkind, das zweifelhafte Musikstück: „Der Liebhaber als Arzt“ unter Hofkapellmeister Röhr zu sehr erfolgreicher Darstellung. Man muß es begrüßen, daß Wolf-Ferrari

von dem veristischen Seitenpfad des „Schmuds der Madonna“ so rasch und entschieden auf seinen richtigen Weg, den der archaisierenden, aber dabei von neuzeitlichem Geiste erfüllten Komischen Oper zurückgekommen ist. Der Liebhaber als Arzt, der stilistisch mit seinen „Vier Grobianen“ eng verwandt ist, wird als eine Bereicherung des deutsch-italienischen Opernspielplans überall willkommen geheißen werden.

Humor und Satire. Blindeluh.

Im Prolog der Gräfin Kreuzberg ist die Prinzessin von Hienburg-Südbingen nach der Angabe der Behörden „dauernd unerreichtbar.“ Ach — du holder Mummenschanz! — Alles läßt die ernsten Sige! Die von so was isst nichts weiß (Sagt man), lustig mit im Kreis Dreht sich die Justige.

Notizen.

Der Mona-Lisa-Nummel nimmt in den Zeitungen gefährliche Formen an. Zunächst muß die arme Frau sich die unmöglichsten Deutungen, ja Wetteiben gefallen lassen. Das ganze Register von verführerisch-schön bis fatalistisch wird abgeleiert, und es ist ein wahres Glück, daß das Räseln der Goldseligen auch allen diesen Erklärern gilt.

Schließlich wird auch erörtert, ob der Mann strafbar ist, ob Italien ihn ausliefern muß oder ihn festhalten darf. Inzwischen sammelt seine Landleute schon für ihn und er ist mit einem Male der bedeutendste Mann in Italien.

Die Ausstellung der Porzellanmanufaktur im Kunstgewerbemuseum bleibt noch bis zum 28. d. Mts. geöffnet. — Schaupielermemoiren. Ernst Hoffart schreibt Erinnerungen aus seinem Leben, die unter dem Titel „Meine Bühnenlaufbahn“ bei Kitzler u. Sohn erscheinen sollen.

dem Bahnhofs Bahnhof alle möglichen Vergünstigungen. So konnte er die Bahnsperrung ungehindert passieren. Er nahm auch bis zum Abgang des Zuges bei seinen Schächern im Coupé Platz, um sie bei jeder Verführung zu hüten. Als der Schaffner in Unkenntnis der Tatsache, daß es sich hier um den österreichischen Staat so mögliche Elemente handelte, Herrn Koch als Nichtreisenden den Aufenthalt im Wagen unterlagte, verwachte sich der Herr dagegen. Der zur Ausübung der Bahnpolizei herbeigerufenen Stationsvorsteher war auch sofort zufriedengestellt, als Herr Koch ihm flüsternd über seine Persönlichkeit Auskunft gab. Natürlich sind die Buchdrucker an allen Orten, die der Zug passiert, und auch am Ankunftsort über den Transport ausgeklärt.

Standardes ist das Verhalten der „Morgenpost“ und der „Volkzeitung“ in dem vorliegenden Falle. Die Annoncen des Herrn Koch verlangen ausdrücklich „nichtorganisierte“ Buchdrucker. Aus der Buchdruckerfachpresse ist in Deutschland das „Wochenblatt der Buchdrucker“ herausgegeben. Die ganze Tarifgemeinschaft ist aufgebaut auf den Schultern des führenden Feinprintvereins und des Verbandes der Buchdrucker. Da ist es ganz selbstverständlich, daß man in Friedenszeiten den Tarifkontraheanten nicht dadurch provoziert, daß man seine Mitglieder von der Arbeitsvermittlung ausschließt. Und in Deutschland herrscht ja bei den Buchdruckern doch wohl auf gewerblichem Gebiete Frieden! Aber Blätter wie die „Morgenpost“ und die „Volkzeitung“ sollten in Arbeiterkämpfen überhaupt keine Rolle spielen und sich nicht zur Vermittlung von Streikbrechern hergeben. Das tun sie aber in diesem Falle wieder. Dabei ist Herr Wilke ein Prinzipalvertreter im Tarifkreis Berlin der Buchdrucker-Tarifgemeinschaft. Herr Geschäftsführer Hartog der Firma Hoffe ist gar stellvertretender Kreisvorsitzender und Herr Dr. Martin Cochin, der kaufmännische Leiter der Firma Hoffe ist stellvertretender Vorsitzender des Tarifamtes. Das Vorgehen der beiden Blätter hat demnach in den Reihen der Buchdrucker eine gewaltige Empörung hervorgerufen. Soweit unter diesen überhaupt bürgerliche Blätter gelesen werden, sind es — gerade wie in der übrigen Arbeiterschaft — diese beiden. Und ausgerechnet immer wieder diese beiden Blätter sind es auch, die immer wieder, nicht nur in diesem Falle, Streikbrecherinserate aufnehmen.

Herr Koch hat übrigens eingesehen, daß in Berlin für ihn bei der Geschlossenheit der Buchdrucker herzlich wenig zu haben sein wird, trotz seiner Helfer in der bürgerlichen Presse. Er hat deswegen vor, seine Versuche in den großen Druckstädten Leipzig und Stuttgart zu wiederholen. Die Buchdrucker dort seien gewarnt. Wenn es natürlich auch nicht möglich sein wird, arbeitswillige Buchdrucker aus Deutschland in solchem Maße herauszugreifen, daß ihre Klasse den kämpfenden Buchdruckern in Oesterreich gefährlich sein könnte, so schämt sich natürlich jeder organisierte Buchdrucker für jeden einzelnen derer, die sich im Augenblick nicht selber schämen, die österreichische Grenze zu überschreiten.

Die Puffersektion des Bauarbeiterverbandes nahm am Sonntag den Bericht vom Verbandstage entgegen und besprach im Anschluß daran die die Mitglieder am meisten interessierenden Bestimmungen über die Arbeitslosenunterstützung. Daß diese Unterstützung eine Notwendigkeit ist, das wurde an der Hand der Arbeitslosenziffern der Puffer beleuchtet. Innerhalb der 40 Wochen, für die der Verband im Laufe des Jahres Beiträge erhebt, waren von den 1884 Mitgliedern der Puffersektion arbeitslos: 641 bis 8 Wochen, 286 5 bis 10 Wochen, 240 10 bis 15 Wochen, 148 15 bis 20 Wochen, 150 über 20 Wochen. Nur 66 Mitglieder waren innerhalb der 40 Beitragswochen nicht arbeitslos. Würde sich die Erhebung auf das ganze Jahr erstrecken, so würden auch die letzten 66 noch unter den Arbeitslosen erscheinen.

Der folgende Punkt der Tagesordnung: „Die letzten Ereignisse im Ruhrgebiet“ ergab eine Reihe von Beispielen dafür, daß die anhaltende Arbeitslosigkeit nicht selten Veranlassung gibt, Arbeiten zu so niedrigen Marktpreisen anzunehmen, daß der übliche Lohnezugabe dabei nicht verdient werden kann. In mehreren derartigen Fällen wurden durch das Eingreifen des Organisationsvertreters etwas bessere Preise beziehungsweise Lohngarantie erzielt.

Kupferschmiede als Streikbrecher gesucht.

Seit längerer Zeit werden in bürgerlichen Zeitungen „unorganisierte Kupferschmiede“ gesucht. Der von der Staatsanwaltschaft am 11. März d. J. veröffentlichte Herr Reising und sein Kompanon Koch geben derartige Annoncen auf, um für Firmen, welche befreit werden, Arbeitswillige zu beschaffen. Die Herren annonciieren in ganz Deutschland schon wochenlang, um die streikenden Kupferschmiede bei der Firma Schering, Chemische Fabrik auf Aktien, zu ersetzen. Dies ist bis jetzt nicht gelungen. Es wird jeder eingeführt, der einmal als Kupferschmiede gelernt hat, selbst wenn die Lehre nur ein paar Monate gedauert hat.

Ganz eigenartig benimmt sich die Firma Schering bei dieser Angelegenheit. Der Herr Ingenieur hält in der Mittagszeit, wenn er mit den Arbeitswilligen allein ist, Vortrag über die Bedeutung und Nützlichkeit des Vereins der Nichtorganisierten und rät ihnen, andere Namen anzunehmen, zum Beispiel: Goldmann nennt sich Wagner, Körner nennt sich Wetland, Pfleger nennt sich Fischer oder Müller. Wie kommt der Herr Ingenieur dazu, die Träger ehrlicher Namen indirekt zu verdächtigen, ihren im Kampfe befindlichen Kollegen in den Rücken zu fallen?

Wir bitten nach wie vor, den Zugang von den Vertrieben fernzuhalten, auf keinen Fall aber auf die ständigen Annoncen in bürgerlichen Zeitungen hinzuwirken.

Verband der Kupferschmiede. Filiale Berlin.

Zur Bewegung der Fleischer. Ueber die Sperre, welche über den Fleischermeister Otto Garbisch, Lange Straße 57, verhängt ist, regt sich die „Allgemeine Fleischerzeitung“ auf. Die „Dunkelmänner“, die das herausgegebene Flugblatt geschrieben haben, sollen nach ihr vor die Schranken des Gerichts gezogen werden. Warum die Flugblattschreiber vor die Schranken gezogen werden sollen, verschweigt das Blatt wohlweislich. Was auf diesem Flugblatt steht, ist die volle Wahrheit. Garbisch war jahrelang, und zwar bis zur Eröffnung seines Geschäftes, Vorstandsmitglied des großen Fleischer-Gesellenbundes. In ihrer Zeitung stellen die gelben Führer die organisierten Arbeiter als Etsenheuer und Faulenzen hin. Diese gelben Kowstreichers sollten es aber dann auch verschmähen, die Groschen der organisierten Arbeiter entgegenzunehmen. Aber das ist durchaus nicht der Fall. Herr Garbisch erklärt, wie uns mitgeteilt wurde, lieber sein Geschäft schließen zu wollen, als den Tarif mit der Organisation abzuschließen. Das ist genug gesagt.

Die Polizei zeigt sich bei dieser Gelegenheit natürlich auch wieder von der bekannten Seite. Ein Fleischer, der nicht das geringste verschuldet, wurde verhaftet, so daß das Publikum fragte: „Wo, was hat denn dieser Mann gemacht? Hat der gestohlen?“ Einige andere Arbeiter, die in der Lange Straße, jedoch nicht vor dem Geschäft des Herrn Garbisch standen (nirgends, auch nicht vor dem Laden des Garbisch war ein Aufgang), wurden durch Anordnung der Verhaftung gezwungen, weiterzugehen. Wenn unter solchen Umständen Aufläufe zustandekommen, sind nur die Schulden mit ihrem wenig geschickten Auftreten schuld daran.

Die Tarifkommission.

Deutsches Reich.

Einen Kampf gegen das Koalitionsrecht führt die Geschäftslitung der Lintensfabrik Leonhards in Pöschwitz bei Dresden. Den Herren Leitern, die alle stramm Militärveteranen sind, und die gelegentlich auf den Kriegervereinsfesten nicht genug über den Terrorismus der sozialdemokratischen Arbeiterschaft jektieren können, will es nicht in den Kopf, daß die Organisation auch in dem bisher vorwiegend schwarzen Betrieb in welchem Militärvereiner und

Mitglieder des evangelischen Arbeitsvereins die Hauptrolle spielen, Fuß gefaßt hat. Flugs hat man den Plan gefaßt, jeden, der auch nur im Verdacht steht, dem Verband anzugehören, Gelegenheit zu haben, darüber nachzudenken, auf welcher Seite wirklicher Terrorismus gefaßt wird. Als im Jahrgang des Verbandes eine Notiz über schwere Mißstände erschien, entlich man die mutmaßlichen Verfasser derselben, deren Wiedererrichtung durch die sofort eingeleiteten Verhandlungen nicht erreicht werden konnte. Mittlerweile hat man weitere 4 Arbeiter und 2 Arbeiterinnen entlassen; weitere Kündigungen sind vorgelesen. Die Geschäftslitung lehnt jede Verhandlung brüt ab, erklärt aber den Leuten, die nach dem Grunde der Entlassung fragen, daß es die Folge der gewerkschaftlichen Betätigung sei. Die Firma Leonhards stellt neben Tinten aller Art auch Farbänder her. Wir bitten das zu beachten, und gegebenenfalls Erläuterungen im Verband der Fabrikarbeiter, Dresden, Rügenbergstr. 8 III, einzuziehen. — Arbeiterfreundliche Blätter bitten wir um Abdruck.

Ausland.

Streik der städtischen Angestellten in Leeds.

Die städtischen Arbeiter von Leeds sind in den Ausstand getreten. Der Ausstand, der ganz plötzlich gekommen ist, droht einen großen Umfang anzunehmen. Bereits gestern kam es zwischen der Polizei und den Streikenden zu Zusammenstößen. Die in den Ausstand getretenen Straßenbahnangestellten griffen die Straßenbahnwagen an, die noch in Betrieb waren und jetzt von der Stadtverwaltung mit freiwilligen Führern, meistens Bureauangestellten, besetzt sind, die als Führer fungieren. Man sah u. a. einige Straßenbahnfahrer mit vornehmen Hüten und eleganten Kleidern. Auch von den drei Gasanstalten der Stadt liegen zwei vollständig still. In der dritten Gasfabrik arbeiten ebenfalls nur freiwillige, aus der Stadt sich meldende Kaufleute oder Angestellte usw. Die Elektrizitätswerte können auch nur durch Einstellung Freiwilliger in Betrieb erhalten werden. Die Polizei macht ist sehr verhärtet worden, da man glaubt, daß die Streikenden die Freiwilligen und Streikbrecher angreifen wollen. Die Stadtverwaltung hat mitgeteilt, daß sie absolut nicht nachgeben werde. Sie ist vielmehr damit beschäftigt, andere Arbeiter von auswärts heranzuziehen. Infolge des Mangels an Gas herrscht in vielen Häusern fast vollständige Dunkelheit. Um entgegenzuwirken zu können, behält man sich mit Kerzenlicht. Ein einziges Geschäft verkaufte in der Zeit von einer Stunde den gesamten Vorrat an Kerzen, annähernd 15 000 Stück. Da ferner vielfach wegen Mangels an Gas nicht geschickt werden konnte, so haben sich die meisten Leute mit Spirituslochern versehen. Es macht sich auch bereits Mangel an Spirituslochern und Brennspiritus bemerkbar.

Ein Streik von Strafgefangenen.

Wie aus Petersburg gemeldet wird, ist in Irkutsk unter den Häftlingen des Strafgefängnisses ein Streik ausgebrochen, wie er auch in Russland noch nicht dagewesen ist. 250 Mann, die in den Werkstätten arbeiteten, traten wegen schlechter Behandlung eines Sträflings durch die Aufseher in den Ausstand. Ein Teil der Streikenden hungerte. Es wurde die Polizei requiriert, die eine körperliche Hütung aller feiernden Sträflinge in Aussicht stellte, jedoch ohne Erfolg. Der Gouverneur fragte im Ministerium an, welche Zwangsmaßnahmen er ergreifen soll.

Wirtschaftlicher Wochenbericht.

Dividendenzugang einer Großbank.

Von allen Aktienunternehmungen sind die Großbanken am wenigsten Schwankungen der Rentabilität ausgesetzt. Die Höhe der von ihnen gezahlten Dividenden ändert sich von Jahr zu Jahr durchschnittlich so wenig, daß die Aktien dieser Unternehmungen fast den Charakter von festverzinslichen Wertpapieren annehmen. Da auch die Kurse der Großbank-Aktien wenig zu schwanken pflegen, sind von dem Besitzer solcher Aktien auch beim Verkauf keine nennenswerten Verluste oder Gewinne zu erwarten. Der Besitz einer Großbank-Aktie bietet im allgemeinen dieselbe Sicherheit auf eine gleichbleibende Verzinsung, wie die Hergabe von Depositen (Spareinlagen) an die Depositen-Abteilung einer Großbank; bekanntlich ist eine Spareinlage bei einer Großbank eine ebenso sichere Kapitalanlage, wie die Einlage bei den öffentlichen Sparkasse oder der Emwerb von Reichs- und Kommunalpapieren. Was die Rentabilität von Großbank-Aktien anbetrifft, so geht sie mehr noch als bei großen industriellen Unternehmungen stets parallel mit der „landesüblichen“ Verzinsung, dem allgemeinen Zinssatz. Die tatsächliche Verzinsung (das Verhältnis von Kurs und Dividende) bedarf sich fast immer vollkommen mit dem offiziellen Zinssatz der Reichsbank. Die gewaltigen Kapitalansammlungen, wie sie in dem Aktienkapital, den Reserven und den Depositen (Einlagen von Sparern) vorliegen, bieten ein solches Risiko gegen Verluste und sichern den Großbanken eine solche Herrschaft im Wirtschaftsleben, daß selbst größere Verluste bei den Aktionären gewährte Dividende nicht zu schmälern pflegen. Die Aufstellung des Gewinnes und die Veranschlagung der Dividende geschieht allerdings bei den Großbanken stets so vorsichtig, daß jährlich große innere Rücklagen gemacht und stille Reserven angelegt werden können. Diese heimlichen Reserven dienen dann bei Bedarf zur Deduktion von Verlusten. Um nur ein der bekanntesten Beispiele dafür zu wiederholen: im vergangenen Jahre schrieb die Deutsche Bank für Terrainbeteiligungen fünf Millionen ab, ohne daß diese Verluste auch nur in der Bilanz in Erscheinung traten. Selbst den Schwankungen der Konjunktur vermögen die Großbanken noch besser standzuhalten, als die großen Unternehmungen der Schwerindustrie. Ein Konjunktur kann in stillen Jahren seinen Betrieb nicht beliebig einschränken; es bleibt immer an technische Anlagen gebunden. Die Finanzoperationen einer Großbank kennen solche betriebsmechanischen Einschränkungen, die immer Verluste mit sich bringen, nicht. Selbst in und nach Krisenjahre geht die Dividende von Großbanken selten zurück.

Eine Sonderstellung hinsichtlich der Rentabilität unter den Großbanken nimmt seit einigen Jahren der A. Schaaffhauseische Bankverein (Münch.-Berl.) ein. Der Schaaffhauseische Bankverein wurde 1848, durch Umwandlung eines Kölner Privatbankhauses in eine Aktiengesellschaft, gegründet und war zugleich die erste in Preußen konfessionierte Privatbank ohne Notenausgabe. Schaaffhausen pflegt besondere Beziehungen zur Rheinischen Industrie und hat erst spät (im Jahre 1861) durch eine Zweigniederlassung in Berlin ihre Geschäftstätigkeit über das ursprüngliche Gebiet hinaus in Mitteldeutschland erweitert. Diese Ausdehnung ist dem Bankverein aber nicht dauernd von Vorteil gewesen. Gerade durch die Teilnahme am Berliner Bau-Hypotheken- und Terraingeschäft sind ihm in den letzten Jahren erhebliche Verluste entstanden. Von 1904 bis 1909 unterhielt der Bankverein mit der Dresdner Bank eine Interessengemeinschaft, nach der die Geschäfte beider Institute gemeinsam geführt und die erzielten Reingewinne im Verhältnis des jeweiligen Aktien- und Reservekapitals geteilt wurden. Die Trennung von der Dresdner Bank scheint auf die Lage des Schaaffhauseischen Bankvereins ebenfalls ungünstig eingewirkt zu haben. In den letzten Jahren hat dann die Krise auf dem Berliner Baunmarkt, an dem der Bankverein durch Finanzierung zahlreicher Bau- und Terraingeschäfte beteiligt ist, dem Bankverein große Verluste gebracht. Im Jahre 1911 hatte der Bankverein 7½ Proz. Dividende gezahlt. Im folgenden Jahre mußte er diesen Satz auf 5 Proz. ermäßigen. Ende 1912 war der Kurs der Aktien

auf 114 gefallen gegen 136 im Jahre 1911 und 142 im Jahre 1910. Zurzeit haben die Aktien nur einen Kurs von 102.

Obgleich der Bankverein im Jahre 1912 auf Berliner Grundstücksgeschäfte etwa 2 Millionen Mark hatte abschreiben müssen, sieht er sich in diesem Jahre zu neuen buchmäßigen Herabsetzungen seiner Anlagewerte gezwungen. Etwas 13½ Millionen werden diesmal die Abschreibungen erfordern. Ein Spezialreservefonds in Höhe von mehr als 9 Millionen Mark soll für diesen Zweck völlig aufgebraucht werden. Ferner wird die Dividende um weitere 2 Proz. auf 3 Proz. herabgesetzt werden, was bei einem Aktienkapital von 145 Millionen für die Aktionäre einen Einbußeertrag von 2,9 Millionen bedeutet. Die Abschreibungen werden so hoch bemessen, daß es sich nicht nur um eine Abstufung der Terrainbeteiligungen handeln kann. Vielmehr scheint die Verwaltung die Absicht zu haben, eine allgemeine innere Festigung des Unternehmens vorzunehmen. Die Abschreibungen sollen zumeist in dem Konto „Annotierte Werte“ vorgenommen werden, worin sich zahlreiche industrielle Papiere befinden. Welche einzelne Posten die Verwaltung dabei entlasten will, wird allerdings nicht bekanntgegeben. Nach dem letzten Jahresbericht hatte der Bankverein unter seinen Aktiven einen Bestand von über 22 Millionen Mark unnotierten, d. h. nicht kursgängigen, Wertpapieren. Bei den übrigen Großbanken mag der Besitz an solchen Papieren nicht geringer sein, aber dort ist er schon früher stark abgeschriben worden. Der Bankverein hat dagegen diese Papiere wahrscheinlich bisher zum Ankaufswert in die Bilanz eingestellt. Ein Konjunkturrückgang wirkt nun gerade auf die kleineren Unternehmungen, deren Aktien nicht zum Börsenhandel zugelassen sind, ungünstig ein. So haben im laufenden Jahre die Anteile (Kuxe) von Bergwerkunternehmungen eine starke Entwertung erfahren. Auch die zum Börsenhandel zugelassenen Papiere, deren Kurse offiziell notiert werden, haben bekanntlich seit der Eröffnung des Balkankrieges einen starken Kursrückgang erlitten.

Die Verwaltung des Bankvereins scheint die Absicht zu haben, nicht nur eine innere Reinigung ihrer Konten vorzunehmen, sondern auch die Geschäftstätigkeit enger zu begrenzen. Es verlautet, daß der Bankverein sich mehr auf die rein banktechnische Tätigkeit zurückziehen will. Ohne das Berliner Gebiet ganz aufzugeben, ist doch geplant, wieder das Arbeitsfeld im Rheinland zu bevorzugen.

Bei der Veröffentlichung des Geschäftsberichts für 1912 im nächsten Frühjahr werden sich aus den fertigen Mitteilungen und der Bilanzstellung weitere Angaben über die Gründe und die Einzelheiten des finanziellen Rückgangs machen lassen. Daß eine Großbank, die in Deutschland an fünfter Stelle steht, innerhalb von zwei Jahren eine Dividendenreduktion um 4½ Proz. (von 7½ auf 3 Proz.) vornimmt, ist jedenfalls ein außergewöhnlicher Vorgang, der der Verwaltung Veranlassung geben sollte, der Öffentlichkeit weitgehendere Auskunft zu geben, als die Geschäftsberichte es zu tun pflegen.

Jugendbewegung.

Polizeikampf gegen die pommerische Jugendbewegung.

Der pommerische Bezirksjugendausschuss hatte in den letzten Tagen in mehreren Orten der Provinz Jugendtagungsversammlungen veranstaltet, in denen über die wahren und falschen Freunde der Arbeiterjugend gesprochen werden sollte. Fast in allen Orten hatten die Gegner zur gleichen Zeit „nationale“ Jugendversammlungen einberufen oder durch andere Veranstaltungen versucht, die jungen Leute von den Arbeiterjugendversammlungen fernzuhalten. Wo ihnen dies nicht recht gelang, versuchten sie die letzteren durch Polizeigewalt auseinander zu sprengen. In Torgelow war die Polizeigewalt des Ories, geführt von dem Amtsvorsteher, vollständig zur Jugendversammlung anmordiert. Schon vor Beginn der Versammlung erklärte der Amtsvorsteher, daß er dieselbe eigentlich für eine politische halte, da Einberufer und Redner Sozialdemokraten seien. Und als der Redner nun im Verlauf seiner Ausführungen das Gesetz zum Schutze jugendlicher Arbeiter kurz und völlig unfreundlich preisgab, erklärte der Herr die Versammlung für eine politische und verlangte die Entfernung der Jugendlichen. Schnell gefaßt, berief der Vorsitzende für die nächsten 10 Minuten eine neue unpolitische Jugendversammlung ein, und, da der Amtsvorsteher selbst demonstriert hatte, wo die falschen Freunde der Arbeiterjugend saßen, zeigte der Referent nun den kulturellen Wert der Arbeiterjugendbewegung und gewann so die Erschienenen für seine Sache.

In Stolp, wo man erst in diesen Tagen für die „nationale“ Jugendbewegung eine laufende Ausgabe von 1500 M. in den Stadtcassette einstellte, hatte man ebenfalls ein starkes Polizeiaufgebot gegen die Arbeiterjugendversammlung aufgestellt. Fünf Fideleu haben zählte man im Versammlungssaal, mehrere standen vor dessen Eingängen und eine naheliegende Restauration schien zu einer stützenden Polizeiwache umgewandelt. Das ließ vermuten, daß die Polizei etwas im Schilde führte. Und in der Tat; als dem Referenten das Wort erteilt werden sollte, erhob sich der Ueberrauscher und verkündete, daß seine vorgesehene Behörde die Versammlung als eine politische betrachte und die Entfernung der Jugendlichen verlange. Einige Genossen eilten zum Ersten Bürgermeister, um eine Aufhebung der ungeschlichen Polizeimahregel zu erlangen, der aber sah an seinem Stammtisch und war deshalb für die Interpellanten nicht zu sprechen. Als nun die erwachsenen Arbeiter sich mit ihren Kindern und deren Freunden um die Tische gruppierten, um mit ihnen zwanglose Unterhaltung zu führen, wurden die verfügbaren Polizeimannschaften in den Saal gerufen und dieser zwangswise geräumt. Und als sich in den Restaurationsräumen des Lokals ein paar erwachsene Arbeiter mit Jugendlichen zusammensetzten, pflanzten sich hinter ihnen die Fideleu auf, damit nur ja nichts Umstürzlerisches verabredet werde. So bewies die Stolper Polizeibehörde den Arbeitern, daß sie mit brutaler Macht in ihre Erziehungsbefugnisse eingreift, als seien sie moralisch minderwertige Personen.

Derartige Vorgehen erbittert aber die Ältern ebenso wie die Jungen, und so wird auch in Kommern diese brutale Unterdrückungspolitik gegen die Arbeiterjugendbewegung gerade das Gegenteil von dem gemollten Zweck erreichen!

SAINT-ETIENNE-FABRIK



Santa Lucia

Stärkung Rotwein

Kauflich in Apotheken, Drogerien und Delikatessengeschäften

Flasche 1 50 u 2 10 Nachahmung bitte vermeiden

Vorjährlige Ulster und Anzüge

von 25 bis 60 M.

Gehrock - Anzüge Smokings auf Seide

Billige Hosenwoche.

Versandhaus „Germania“

Unter den Linden 21.

Samstag bis abends geöffnet.

Knaben- und Jünglings-Garderobe

Großes Lager

in jeder Ausführung, nur eigene Anfertigung

zu sehr billigen Preisen.

Herren-Garderobe nach Maß

Karl Mustadt, Köpenicker Str. 88, partier

2 Minuten vom Schief. Bahnhof



Das schönste Weihnachtsgeschenk

für den, der es liebt, seine Räume schön und geschmackvoll auszustatten, sind unstreitig die

Glühkörper-Gaskamine

Sie erhöhen durch ihr gediegenes Aussehen nicht nur den künstlerischen Eindruck der Räume, sondern stellen auch eine vollkommen hygienische Heizungsart dar. In mit ihnen beheizten Zimmern wird man immer eine angenehme, frische Luft und stets warme Füße haben. Diese Gaskamine lassen sich ohne Schwierigkeiten in vorhandene Holz- oder Kohlenkamine einbauen; sie machen jedoch auch ohne jeden weiteren Umbau einen gediegenen, gefälligen Eindruck. Ihre Aufstellung ist daher nicht kostspielig. Die Preise der Kamine sind mässig.

Man besichtige die Glühkörper-Gaskamine in den Ausstellungsräumen Berlin SW. 68, Kochstrasse 18 (nahe der Friedrichstrasse) oder verlange näheren Aufschluss, Drucksachen, Abbildungen usw. von der Vertriebsabteilung der Gasgesellschaft, Berlin S. 42, Gitschiner Strasse 19.

Ausstellung und Verkauf von Gasapparaten:

Berlin SW 68, Kochstrasse 18
C 19, Scharrenstrasse 11-13
Schöneberg, Oledtschstrasse 47
Akazienstrasse 28
Wilmerdorf, Berliner Strasse 36
Steglitz, Schlossstrasse 121

Tempelhof, Berliner Strasse 152
Weissensee, Berliner Allee 241
Nieder-Schönhausen, Bouthstrasse 9
Ferner von Ende Dezember ab:
Zehlendorf, Rondelstrasse 8

Gegründet 1864

Pelz-
warch
Engros - Export
S. Schlesinger
Neue Königstr. 21
(Ordoanahaus)

Kein Laden!
II. Etage

Einzelverkauf
wie alljährlich zu billigen Preisen
Pelzstolas - Muffen
Reparaturen prompt und sauber
Bitte genau auf 21 an
Hausnummer 21 achten
sonntag von 12-2 Uhr geöffnet

Vistokrat Patent-Kneifer



Unsere Erfahrung in der Augen-
Schrprüfung befähigt uns, Ihre
Augen mit gewisserhafter Ge-
nauigkeit zu korrigieren. Wir sind Spezialisten für die aller-
modernsten Formen in Kneifern und Brillen einschliesslich
der populären Optal-, Kontorik-, Sanoskop- und Bifokal-
Gläser. Es soll uns ein Vergnügen sein, Ihnen die überlegenen
Vorzüge dieser Gläser in dem uns patentierten Vistokrat-
Finger-Kneifer vorzuführen. Sie werden finden, daß
Vistokrat-Kneifer mit Sanoskop-Gläsern die aller-
komfortabelsten und am besten aussehenden Augengläser
sind, die Sie je gesehen haben.

Kneifer und Brillen mit Optal-Gläsern von 2,50 an
Theatergläser von M. 6.- Reisegläser von M. 8,50 an
Barometer, Präzisions-Holosterik von M. 6.- an

Optiker Ruhnke

Oranien-Str. 44
Friedrich-Str. 180
Brannen-Str. 12
Tauentzien-Str. 15
Link-Str. 1

10 Geschäfte
Zentrale und
Versand-Abteilung:
Berlin C. 19
Wall-Str. 1

Am Alexander-Platz
Chaussee-Str. 72
Friedrich-Str. 150
Am Spittelmarkt
Unter den Linden 20

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.

Haupt-Niederlage der k. k. österr. Tabak-Regie.
Zigarren - Zigarettens - Rauchtabelle.
Nur für Wiederverkäufer zu Originalpreisen.
Alleinverkauf der Fabrikate der Firma
F. J. Burrus St. Kreuz
Grösste deutsche Rauchtabellefabrikation.
Jahresproduktion über 5 000 000 Pfd. Rauchtabelle.
Zigaretten-Spezialität: L'Algerienne.

W. Zapel

Hut-Fabrik, Skalitzerstr. 131

Größtes Spezial-Geschäft
für Seiden- und Filzhüte.

Lager in Schirmen und Mützen.

Das angenehmste Weihnachtsgeschenk für jede Hausfrau

Zentrale Warm- wasserversorgung

durch mit Gas geheizte Warmwasser-
apparate. Sie sind in jedem Hause - auch
nachträglich noch - leicht anzubringen.
Diese Apparate haben den grossen Vorzug,
dass sie das Wasser völlig automatisch
erhitzen, keiner Bedienung bedürfen, auch
keinen Schmutz verursachen und stets
gleichmässig warmes, unbedingt sauberes
und frisches Wasser liefern, das unbedenk-
lich für alle Zwecke des Haushaltes Ver-
wendung finden kann.

Wegen näherer Auskunft, kostenlosem Ingenieurbesuch, Kostenanschlägen und
Zusendung einschlägiger Druckschriften wende man sich an die Vertriebs-
abteilung der Gasgesellschaft, Berlin S. 42, Gitschiner Strasse 19.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz 4860-4867.

Bruchbandagen,
Lalbbinden, Geradhalter,
Irrigatoren, Spritzen etc.,
Suspensorien, sowie
alle Artikel z. Krankenpflege
empfehlen

Fabrikant Pollmann,
jetzt Berlin N., Lothringer Str. 60.
Eigene Werkstatt. Lieferant für
Krankenkass. Fachgem. Bedienung.

Leiser's Gummi-Schuhe

Garantie für jedes Paar

Echte Harburger

Herren: **4,25**
mit Lasche: **5,00**

Damen: **2,95**
mit Lasche: **3,50**

Röntg-Strasse 34
Leipziger Strasse 65
Oranien-Strasse 34
Müller-Strasse 3a
Moabit: Turm-Strasse 50

Taentzien-Strasse 20
Oranien-Strasse 47 a
Friedenau, Rheinstr. 14
Neukölln, Bergstr. 7/8
Bergstr. 50



RAL

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein
I. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreises.
Petersburger Viertel. Bezirk 357.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unser Genosse, der Töpfer
Ignatz Zydel
Eidenstr. 27
gestorben ist. 218/19
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Mittwochs-
nachmittag 3 1/2 Uhr von der Halle
des Central-Friedhofes in Fried-
richsfelde aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
Eichwalde.
Am Freitag, den 12. Dez., ver-
starb unser Mitglied, der Schlosser
Ernst Zimmermann
im Alter von 23 Jahren an Lungens-
leiden.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 16. Dez., nachm.
3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des
Gemeinde-Friedhofes in Eich-
walde aus statt.
Um rege Teilnahme ersucht
Der Vorstand.
Treffpunkt für die Mitglieder
3 Uhr bei Otto Gräßhoff, Bahn-
hofstraße. 203/10

Zentralverband der Zimmerer
Deutschlands.
Zahlstelle Berlin und Umgegend.
Bezirk 20.
Den Berufsgenossen zur Nach-
richt, dass unser Mitglied
Karl Schulz
am 13. d. Mts. verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Dienstag, den 16. d. Mts., nach-
mittags 3 Uhr, von der Halle des
weißen Schöneberger Friedhofes
(Bianke Höhe) aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
254/16 Der Vorstand.

Verband d. Gemeinde- u. Staatsarb.
Filiale Groß-Berlin.
Unseren Mitgliedern zur Nach-
richt, dass der Kollege
Nikodemus Czajneskai
(Berl. Postverwaltung, Kreuzberg)
im Alter von 65 Jahren ver-
storben ist. Wir werden ihm ein
ehrendes Andenken bewahren.
Die Beerdigung findet am Mitt-
woch, den 17. Dezember, nachm.
1 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des
Matthäus-Friedhofes in Südende
aus statt. 36/7
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht,
dass unser Mitglied, der Schlosser
August Meinfeld
Hagenbergerstr. 36, am 13. d. Mts.
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 17. Dezember, nach-
mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Friedrichshagen-Friedhofes
aus statt.
Rege Beteiligung erbetet
131/12 Die Ortsverwaltung.

Verband der Maler, Lackierer etc.
Filiale Berlin.
Nachruf.
Den Kollegen zur Nachricht,
dass unser Mitglied, der Maler
Karl Muschalowitz
am Dienstag, den 9. Dezember,
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
133/7 Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratischer Wahlverein
Neukölln.
Nachruf.
Am 11. Dezember verstarb unser
Parteigenosse
Paul Krüger
Genser Str. 90. 14. Bezirk.
Ehre seinem Andenken!
209/1 Der Vorstand.

Am Sonntag, den 14. Dezember,
verstarb nach langem, schwerem
Leiden mein lieber Mann, unser
guter Vater, Bruder, Schwager
und Onkel, der Uhrmacher
Oskar Seidel
im 46. Lebensjahre.
Im Namen 2086
der trauernden Hinterbliebenen
Anna Seidel geb. Kimmick
und Kinder
Neukölln, Prinz-Handjerystr. 90.
Die Beerdigung findet morgen
Mittwoch, den 17. Dezember, nach-
mittags 1 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Neuköllner Friedhofes,
Radicendorfer Weg, aus statt.

Für die liebevolle Teilnahme
und die zahlreichen Kranzspenden
anlässlich des Heimgangs meines
lieben Mannes und Vaters, des
Gastwirts
Hermann Kabelitz
sage allen Freunden und Be-
sannnten meinen herzlichsten Dank.
Anna Kabelitz
und Kinder.
296/12

Am 13. d. Mts. entschlief sanft
meine liebe Frau, unsere gute
Mutter
Klara Stolz.
Dies teilte tiefbetrubt mit
Heinrich Stolz nebst Kindern.
Die Beerdigung findet am
Mittwochnachmittag 1 1/2 Uhr auf
dem städtischen Friedhof in der
Seelstraße statt. 297/6

Allgemeine Ortskrankenkasse
für
Berlin-Tempelhof
Bekanntmachung
betreffend Auswahlgewahlen.
Was den Reihen der Berechtigten
ist nur ein Wahlvorschlag ein-
gegangen.
Es gelten daher die Vor-
geschlagenen als Auswahlgewähl-
te.
Die Liste enthält 30 Vertreter,
60 Ersatzleute, beginnt mit dem
Namen Decker und endigt mit dem
Namen Fischer.
Die für den 29. Dezember er-
anderte Wahl findet daher
nicht statt.
Von den Arbeitgebern sind zwei
Liste eingegangen, Liste I eingereicht
durch Herrn Buchdruckermeister Karl
Schmülling, Liste II durch Herrn
Installateur Gustav Thielicke.
Die Wahlen für die Arbeit-
geber finden daher, wie an-
gegeben, am 30. Dezember er.
von 10 Uhr vormittags bis 6 Uhr
nachmittags statt. 301/15
Der Vorstand
der Allgemeinen Ortskrankenkasse
für Berlin-Tempelhof.
(ges.) Albert George, 1. Vorsitzender.

Spezialarzt
i. Haut-, Horn-, Frauenleiden,
nerz, Zahnache, Weintraube jeder
Art, Ehrlich-Hata-Kuren in
u. Co. ions
Reborat. |
Blut-
untersuchung, Fäden i. Horn usw.
gegenüber
Dr. Homeyer
Friedrichstr. 81, gegenüber
Spt. 10-2, 5-9, Sonn. 11-2.
Honorar mäßig, auch Teilzahl.
Separates Damenzimmer.

Total-Ausverkauf!
Herren-
Anzug-
Ulster-
Stoffe **2,25** an
von
Goltzstraße 42.

Achtung! Buchdrucker!
Unorganisierte Handscher, Maschinenscher,
Maschinenmeister und Schweizerdegen werden
in Berliner Tageszeitungen nach außerhalb
von einem Herrn Koch in Nieder-Schönhausen
gesucht.
Die Kollegen sollen dazu gemißbraucht
werden, unseren um Besserung ihrer Lohn-
und Arbeitsbedingungen kämpfenden Kollegen
in Oesterreich in den Rücken zu fallen. Es
ist also Ehrenpflicht jedes Kollegen, unter
keinen Umständen Stellung nach Oesterreich
anzunehmen. 1296D
Der Vorstand
des Vereins der Berliner Buchdrucker
und Schriftgießer.

Zentral-Verband der Töpfer
und Berufsgenossen Deutschlands.
Filiale Groß-Berlin. 103/8
Achtung! Töpfer!
Die Auszahlung der allgemeinen Weihnachtunterstützung erfolgt am
nächsten Freitag, den 19. Dezember, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15,
Saal 3, und zwar für die Bezirke:
Gesundbrunnen und Schöneberg vormittags von 9-10 Uhr
Schönhauser Vorstadt und Weißensee 10-11
Wedding und Südost 11-12
Osten und Zentrum nachmittags 2-3
Moabit, Steglitz, Lichterfelde und Char-
lottenburg 3-4
Neukölln und Panow 4-5
Lichtenberg, Köpenick, Friedrichshagen,
Reinickendorf, Tempelhof und Wa-
riendorf 5-6
Zu Bescheidende, die an diesem Tage in Arbeit stehen, erheben ihre
Unterstützung an diesem Abend von 5-1/2 Uhr. Der Vorstand.

Phänomen
Cigaretten
Passendes
Weihnachts-
Geschenk.

Teilzahlung
Wochenrate von **1 M.** an
Vornehme
Herren-Ulster
Paletots, Anzüge
fertig und nach Mass
J. Kurzberg
Mass-Schneiderei
Rosenthaler Str. 36
Frankfurter Allee 104
Reinickendorfer Str. 4

PILSATOR
EIN GUTER TRUNK
AM STAMMTISCH UND IM HAUSE
Überall zu haben in Flaschen, Kannen und Biphons
BÖHMISCHES BRAUHAUS
NO 18. Teleph.: Amt Köntzstadt 3088, 4088/90

Friedr. Stabenow
Berlinerstr. 146
Charlottenburg
Reparaturen preisw. u. gut. Berlin u. Umgegend.

Eile zu Weile
Spezialhaus für Pelzwaren
Berlin S., 119 Dresdener Str. 119
am Oranienplatz.
1000 Pelzstolas
Schals, Colliers, Muffen nur prima
offiziere ich infolge günstiger
Abschlüsse
zu hervorragend billigen Preisen.
Echt Skunks-Stola . . . von 85 M. an
Nerzmurmels-Stola von 13,50 M. an
mit Köpfen und Schweifen.
Alaska-Frechs-imitation . . . 7,50 M.
Marder, Nerz, Persianer,
Opopossum, Biber, Iltis etc.
in allen modernen Formen stets
am Lager.
Bitte eile zu Weile
Dresdener Str. 119 zu achten.
Jedermann erhält die im Fenster
ausgestellten Gegenstände sofort
für den bezeichneten Preis.
Sonntags 12-8 geöffnet.

Beste Bezugsquelle
Auf Teilzahlung!
Herren- und
Damen-Uhren,
Standuhren,
Freischw.,
Ketten,
Ringe,
Broschen,
Ohringe, Armbänder,
Grammophone, Pathé-Apparate, Platten
Zithern, Spieldosen, Harmonikas, Man-
dolinen, Geigen, Christbaumständer,
Fahrräder usw.
Jahre & König
O. Warschauer Str. 68
N. Invaliden-Strasse 7
80. Grünauer Str. 10

Oskar Wollburg
Trauer-Magazin
Berlin N., Brunnenstraße 56.
Große Auswahl in schwarzer
Konfektion; auch einz. Röcke,
Blusen, Hüte etc. Anfertigung
nach Maß in 12 Stunden.
Änderungen sofort.

Brauerei
sucht Restauration zu mieten, selbstige
beliebt auch Restaurationen etc. gegen
Abnahme von Bier. Offerten unter
H. T. 7431 an Haasenateln & Vogler,
A.-G., Berlin W. 8. 254/14

Blumen- und Kranzbinderi
von Robert Meyer,
Jnh.: P. Gollets
Mariannenstr. 2. Tel. Mpl. 346
Spezialarzt
für Syphilis, Horn- u. Frauenleiden -
Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 12 Tage),
Blutuntersuchung. Schnelle, sichere
schmerzlose Heilung ohne Berufs-
störung. Mäßige Preise. 283/5
Dr. med. Wockenfuß
Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor)
Sprechst. v. 8-8. Sonntags 8-10.

Diese Woche
enorm billiger Verkauf
einer großen Partie
Echter Perser
Teppiche!!
Kilims!!
Djidsjims!!
Gebetsstühle!!
mit **10%** Rabatt!
Teppich-Lefèvre
Berlin S. Seit 1882 nur
Oranien-Strasse 158.

Zweckverband Groß-Berlin.

Die Vertreter des Zweckverbandes Groß-Berlin waren nach einer Pause von sechs Monaten gestern wieder einmal zu einer Sitzung zusammenberufen worden.

Die Verbandsversammlung hatte bisher immer noch einen nur einstweiligen Vorstand gehabt, der für jede Sitzung neu ernannt wurde.

Gewählt wurden 24 Mitglieder in den Hauptausschuss, je 18 Mitglieder in die drei Sonderausschüsse für die Geschäftsordnung, für Wahlprüfungen, für Vorträge, ferner in den Verbandsausschuss an Stelle des ausgeschiedenen Bürgermeisters a. D. Schulz-Vichterfeld.

Es folgte die Beratung von drei Straßenbahnvorlagen.

Der Vorort Rosenhale soll Straßenbahnverbindung erhalten. Die Aktiengesellschaft Berliner Elektrische Straßenbahnen will ihre in Berlin an der Mittelstraße beginnende und jetzt in Niederhohenhausen an der Plantagenstraße endende Linie bis zum Rosenhale Bahnhof der Kleinbahn Reinickendorf-Diepenhaude-Groß-Schönebeck verlängern.

In Steglitz und Schöneberg will die Große Berliner Straßenbahn vom Sandertplatz durch die Bismarck- und Anusstraße Gleise legen, die an der Saarbrücke das vorhandene Gleisnetz erreichen.

In Charlottenburg wird die Berlin-Charlottenburger Straßenbahn ihre Gleise vom Ringbahnhof Jungfernheide bis zur Reichshausenstraße gegen Spandau nahe an die Siemens-Schuckert-Werke heran weiterführen.

Auf eine Anfrage des Stadtverordneten Follenberg-Charlottenburg wegen des Straßenbahnanschlusses zwischen Sophie-Charlotte-Platz und Reichswartlerplatz und wegen Errichtung von Straßenbahnwartehallen erwiderte Verbandsdirektor Seinerer: Dem Bau des Anschlusses steht vom Verband nichts im Wege.

Die Verbandsversammlung stimmte dem Vertrag über die ihr vorgelegten Erweiterungsprojekte zu.

Beabsichtigt ist auch, am Spandauer Bock die Charlottenburger Gleise mit denen der Straßenbahnen von Spandau zusammenzuschließen und eine Linie Neufölln-Berlin-Charlottenburg-Spandau-Stadtpark zu schaffen.

Auch dem Versicherungsamt Niederbarnim ist es nicht gelungen, mit den Ärzten einen Vertrag abzuschließen, der den kranken Kassenmitgliedern der neuen Kasse ärztliche Behandlung sichert.

Ortskrankenkasse Niederbarnim — Herzteltrieb.

Auch dem Versicherungsamt Niederbarnim ist es nicht gelungen, mit den Ärzten einen Vertrag abzuschließen, der den kranken Kassenmitgliedern der neuen Kasse ärztliche Behandlung sichert.

Aus diesem Vorgange ist aber auch zu ersehen, welche gewaltige Arbeitsleistung dem neuen Ausschuss und Vorstand der Kasse verbleibt und daß alles darangesetzt werden muß, die am 4. Januar stattfindenden Wahlen zu einem für die Versicherten günstigen Abschluß zu bringen.

Partei-Angelegenheiten.

Zehlendorf-Wannseebahn. Heute Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, in Miedes Gesellschaftshaus, Karlstr. 12: Öffentliche Versammlung für Männer und Frauen.

Am 25. Dezember, nachmittags 8 1/2 Uhr, findet in demselben Saale eine Weihnachtsfeier statt.

Rosenthal. Die heute fällige Mitgliederversammlung fällt aus.

Berliner Nachrichten.

Die Reklamemarken-Epidemie.

Sammelwut kennt keine Grenzen. Hat das Sammeln einen belebenden Zweck, so ist das gewiß eine schöne Sache. Unzählige Museen, Gemäldegalerien, Bibliotheken mit ihrem ungeheuren Kulturwert sind ja auch nur ein Produkt des Sammelns.

Ein talentvoller Polizeihund.

Von den Leistungen der Polizeihunde wird allerlei bekannt, wonach man sich über ihre Brauchbarkeit ein Urteil bilden kann.

In einer an der Schlitz-Allee gelegenen Laubkolonie wurde ein Diebstahl verübt, wobei Hühner und Kaninchen erbeutet wurden. Zur Ermittlung des Spitzbuben erschienen auf dem Gelände der Kolonie ein uniformierter Schutzmann und ein Kriminalpolizist.

Fährte geführt worden waren, mußten sehr bald den Irrtum einsehen. Durch zweifelsfreie Feststellung des Sachverhalts wurden sie befehrt, daß der Hund ihnen einen Hineinfall bereitet hatte.

Uns scheint sehr wünschenswert, daß eine amtliche Aufklärung darüber, wie die Akzade des Polizeihundes zustande gekommen ist, herbeigeführt und bekanntgegeben wird.

Ein städtischer Seefischverkauf findet am 23. und 30. Dezember 1913 und am 1. Januar 1914 nicht statt.

Der allgemeine Kirchen Sonntag.

Wegen die Kirchenflucht soll der Kirchen Sonntag helfen. Die beiden Generalsuperintendenten für Groß-Berlin, Händler und Rahfen, haben die Abhaltung eines allgemeinen Kirchen Sonntags in Anregung gebracht.

Nachtdienst bei der Fernsprechwermittlungsstelle in Berlin-Tegel. Bei der Fernsprechwermittlungsstelle in Berlin-Tegel wird vom 15. Dezember ab ununterbrochener Dienst abgehalten werden.

Der Ausschuss zur Prüfung der Stadtverordnetenwahlen trat gestern Abend zu einer kurzen Sitzung zusammen.

Flugzeugbrand in Johannisthal.

In eine gefährliche Situation ist am gestrigen Sonntagvormittag der Flieger Breitbeil in Johannisthal geraten. Breitbeil hatte einen Probeflug auf einem Ago-Doppeldecker gemacht und wollte landen.

Warnung für Inhaber von Vereinszimmern.

Inhaber von Vereinszimmern seien vor einem Gauner gewarnt, der folgendermaßen vorgeht. Er gibt an, für einen Mandolinenklub, dessen Vorsitzender ein pensionierter Polizeiwachtmeister sei, ein Vereinszimmer zu suchen.

Totgequatsch.

Im Dienste tödlich verunglückt ist gestern Morgen der 38 Jahre alte Wagenwäscher Paul Hagedorn aus der Cauerstraße 2 zu Charlottenburg.

Im Verkehr des Potsdamer Platzes verunglückte gestern Vormittag gegen 8 1/2 Uhr der 46 Jahre alte Gärtner Gustav Neumann aus der Follenberger Straße zu Weißensee.

Neuaufladen des Schiffs. Im Ostpolizeibezirk Berlin können die offenen Verkaufsstellen vom 16. bis 19. und am 22. und 23. Dezember bis abends 9 Uhr geöffnet bleiben.

Ein menschliches Skelett wurde gestern Vormittag bei den Ausschachtungsarbeiten im Universitätsgarten gefunden.

Die Leiche des Buchdruckers Walter Bernhardt wurde gestern am Holzseiner Ufer gefunden. Es liegt Selbstmord vor.

Arbeiter-Bildungsschule. Die letzte Stunde des Literaturkursus, die in der vorigen Woche wegen des Jahrsendes nicht

statistisches Komitee, wird am nächsten Mittwoch (17. Dezember) nachgeholt.

Berlener hat eine Arbeiterfrau am gestrigen Montage auf dem Charlottenburger Markt für Portemonnaie mit 19,75 M. Geld, einem Pfandbuche und einer silbernen Münze. Da es sich um Krankeneld handelt, trifft der Verlust die Verlesterin schwer. Es wird um Abgabe gebeten an Frau Schulz, Holzmarktstr. 12.

Vorort-Nachrichten.

Neukölln.

Eine Razzia der Neuköllner Polizei erregte am Sonntagmorgen allgemeines Aufsehen. Aus mehreren Herbergen wurden etwa 200 Personen abgeholt und nach dem Polizeipräsidium eskortiert. Der Zug wurde im Morgengrauen von zahlreichen uniformierten und Kriminalschutzleuten durch die Richardstraße geleitet und es riecht nicht geringes Aufsehen hervor, daß auf jeder Seite eine Anzahl Polizeihunde mitgeführt wurden. Im Saale des Polizeipräsidiums hat ein Mitverhafteter, wie uns derselbe mitteilt, gerade nicht die besten Erfahrungen gemacht. Als nach kurzer Zeit ein Kriminalbeamter ein Fenster geöffnet hatte, habe er sich, weil er das Stehen nicht mehr aushalten konnte, auf die Fensterbank gesetzt. In demselben Augenblick sei ein Beamter gekommen, habe ihn heruntergerissen und ihm zum Vorwurf gemacht, daß er das Fenster geöffnet habe. Kurz darauf habe er in Gegenwart seiner Mitverhafteten eine schallende Ohrfeige von dem Beamten erhalten. Als er, der Geschlagene, gegen diese Behandlung protestiert habe, sei er in den Keller in die Zelle abgeführt worden. Auf dem Wege nach der Zelle habe er nochmals eine unwürdige Behandlung erdulden müssen. Sein Ersuchen, den Kommissar sprechen zu können, sei völlig unbeachtet gelassen worden.

Soweit die Polizei Razzienverhaftungen zum Zwecke der Aufklärung gesuchter Verbrecher vornimmt, wird sich hiergegen nichts einwenden lassen. Nur muß auch hier im Interesse unschuldiger Sittlichkeit gefordert werden, daß der Transport zur Polizei in einer das Ehrgefühl der Verhafteten möglichst schonenden Weise vollzogen wird. Den Geboten menschlicher Barmherzigkeit völlig zuwiderlaufend müßte es indes jeder Mensch betrachten, wenn sich Polizeibeamte gar herausnehmen wollten, Verhaftete zu schlagen. Es dürfte in diesem Falle dem Neuköllner Polizeipräsidenten ein leichtes sein, die Behauptungen des angeblich Mißhandelten auf seine Richtigkeit zu prüfen, um so mehr, als derselbe angibt, daß eine größere Anzahl Mitverhafteter gesehen haben, als er von einem Kriminalbeamten geschlagen wurde. Eine Untersuchung der Angelegenheit ist nicht nur erforderlich, um dem Verhafteten Gerechtigkeit zu verschaffen, sondern auch um die Polizei von der ungeheuerlichen Verschuldigung, sie über Prügelprozeduren auszuüben, zu entlasten.

Schöneberg.

In der Kirche irrsinnig geworden. Ein auferstehender Vorfall spielte sich am Sonntagmorgen in der Königin-Luise-Gedächtniskirche in der Sebanstraße ab. Als der Geistliche seine Predigt beizugehen wollte, sprang eine auf der ersten Bank sitzende Frau auf, die den anderen Besuchern schon vorher dadurch aufgefallen war, daß sie unaufhörlich weinte und das gewöhnliche Drohungen vor sich hinmurmelte, und begann, gegen die Kanzel zu sprechen, unzusammenhängende Sätze hervorzuholend. Man schaffte die Kranke in eine Nervenklinik, wo festgestellt wurde, daß es sich um eine in Schöneberg wohnende 34 jährige Frau Sch. handelt.

Charlottenburg.

Am Donnerstag, den 18. Dezember, findet im Volkshaus, Kohnenstr. 3, ein Vortrag über das Thema: „Das Buch, das du lesen sollst“ statt. Dieser Vortrag dürfte für weite Kreise der Arbeiterklasse von Interesse sein, da er insbesondere auch Anregungen bei Reuanschaftung von Wählern für jung und alt geben wird.

Die Abgabe von ausländischem Schweinefleisch ist in den fädtlichen Verkaufsstellen mit Rücksicht auf den gegenwärtigen Preisrückgang für inländisches Schweinefleisch bis auf weiteres eingestellt worden. Das in den Verkaufsstellen zum Verkauf gelangende inländische Schweine-, Kalb- und Hammelfleisch unterliegt nicht der Preisfestsetzung des Magistrats.

Lichtenberg.

Ein Erfolg der Polizei. Die dritte Wiederholung der Kinderbühnenspiele am Sonntag hatte, dank der Mißbilligungen durch die Polizei, die größte Besucherzahl aufzuweisen. Wieder mußte Hunderten der Eintritt verweigert werden, weil kein Platz mehr vorhanden war. Wären die Lokaltatzen Lichtenbergs nicht besetzt, so könnten noch mindestens ebensoviel Wiederholungen vor Weisnachten stattfinden. Der minimale Eintrittspreis von 10 Pf. pro Person ist in Anbetracht der Darbietungen dazu angetan, den Proletariatskindern einige Stunden wahrer Freude zu bereiten. Werden nun auch jetzt die Kinderaufführungen unterbrochen, so wird das Frühjahr ebenbürtige Aufführungen von Kindern bringen. Das Vergnügungskomitee extrahiert von den Eltern, sofern es wiederum an dieselben herantritt, ihm durch bereitwillige Ueberlassung der Kinder die allgewohnte Mithilfe nicht zu verweigern. Im nächsten Jahre wird das Komitee Darbietungen bringen, die — den Segnern sowie der Polizei zum Trost — in den Herzen der Kinder unverwundbar Spuren proletarischer Geisteslebens hinterlassen dürfen.

Lichterfelde.

Heute Dienstag finden die Wahlen zum Ausschuss der Ortskrankenkasse statt. Da die Gegner die größten Anstrengungen machen, die Liste der Gewerkschaftskommission zu Fall zu bringen, wird die Arbeiterschaft ersucht, sich an der Wahl zu beteiligen. Auch können sich noch Genossen zur Wahlhilfe beim Genossen Wrodel melden. Das Wahllokal befindet sich bei Frig. Wahrensdorf, Käsestr. 7. Wahlzeit von 4—9 Uhr. Wahlzettel Listel.

Ober-Schöneweide.

Die in der letzten Gemeindevertreterversammlung genehmigte Gemeindefinanzrechnung für 1912 weist gegen den Vorschlag einen Ueberschuss von 36 000 M. auf; als wesentlicher Faktor zur Herbeiführung dieses Resultates hat sich die Einführung der besonderen Gewerbesteuer erwiesen, durch die die Besitzer der ersten Gewerbesteuerklasse — die industriellen Großbetriebe — nach den gezahlten Löhnen und Gehältern berechnet, ersucht werden. Als besondere Eigentümlichkeit mag die Tatsache gelten, daß die Gemeinde zu ihren laufenden Schullasten im Betrage von 521 000 M. vom Staate nur einen Zuschuß von sage und schreibe 12 000 M. erhalten hat. Für das Armenwesen ist nach der Rechnung von der Gemeinde ein Zuschuß von 60 000 M. aufgewendet worden; darin offenbart sich der Charakter als Industriegemeinde, deren Bevölkerung schwer mit dem Dasein zu kämpfen hat. Nach den bis jetzt vorliegenden Angaben für das Rechnungsjahr 1913 steht zu erwarten, daß trotz der großen Aufwendungen, die die Gemeinde zurzeit für Umwandlung der Kanalisation, für Straßenverbesserungen und Schulbau zu machen hat, der Steuerzuschlag für 1914 nicht erhöht zu werden braucht.

Reichenheim.

Ans der Gemeindevertretung. Wegen den Magistrat von Berlin soll eine Klage angestrengt werden wegen Zahlung von 887 Mark, die dadurch entstanden sind, weil ein Berliner Kind in dem hiesigen Säuglingskrankenhause aufgenommen wurde, das in den Kinderkrankenhause Berlin keinen Platz fand. Das Kind schwelgte nach ärztlichen Gutachten in Lebensgefahr, und die gütlichen Verhandlungen mit dem Magistrat scheiterten. Der Klage wurde stattgegeben.

Ju Anfang nahm der Bürgermeister Dr. Boeck abermals Stellung gegen einige Auslassungen des Vorsitzenden des Aufsichtsrats der Weihenauer Bank, Herrn Rechtsanwalt Appelt, die in der öffentlichen Erklärung der Finanzkommission schon besprochen waren. Er wurde hierin von den Schöffen Dr. Klamroth und Rothe unterstützt. In der geheimen Sitzung wurde noch die Aufnahme einer Anleihe von 1 Million Mark für den Grundbesitzfonds beschlossen. Außerdem wurde ein Angebot auf Einräumung eines Viehbraurechts angenommen. In einer am Dienstag stattfindenden Sitzung wird in geheimer Verhandlung nochmals Stellung genommen zu einer Sanierung der Weihenauer Bank.

Ein tödlicher Straßenbahnunfall ereignete sich am gestrigen Montagmittag gegen 3 1/2 Uhr vor dem Hause Berliner Allee 251. Dort lief das dreijährige Mädchen Elise des Arbeiters Rogoss, das auf dem Dammbahnhof, plötzlich unmittelbar vor dem heran kommenden Motorwagen 1470 der Linie 63 auf das Gleis. Ehe der Fahrer seinen Wagen zum Halten bringen konnte, geriet das Kind unter den Vorderperren und den Schuräumen. Mit Hilfe von Passanten wurde der Straßenbahnwagen angehalten und das Mädchen hervorgezogen. Man schaffte die Kleine in das Weihenauer Krankenhaus, wo sie jedoch bald darauf verstarb.

Randldorf.

Zu letzten Gemeindevertreterung hatten sich mehrere Frauen als Zuhörer eingefunden; der Gemeindevorsteher ersuchte die Versammlung darüber abzustimmen, ob die anwesenden Frauen den Verhandlungen beiwohnen dürfen. Er bezog sich auf eine Bestimmung der Landgemeindeordnung, wonach es heißt, daß Männer den Sitzungen beiwohnen „sollen“. Unsere Genossen betonten, daß man sich nicht die preußische Polizeilogik zu eigen machen sollte: „was nicht ausdrücklich gestattet ist, ist verboten“, sondern umgekehrt: „erlaubt ist, was nicht besonders verboten ist.“ Des weiteren führten sie aus, daß in allen Parlamenten Frauen Zuhörer sein dürfen und daß die Gemeinden die Mitarbeit der Frauen nicht entzogen können, wie ja auch die Verhältnisse bei uns im Orte zeigen, daß in der Armenkommission Frauen tätig sind. Einer der bürgerlichen Herren machte die Gemeindevertretung damit unglücklich, daß die in Anwesenheit der Frauen gefassten Beschlüsse anfechtbar wären, unsere Genossen standen daher bei der Abstimmung allein. Alsdann teilte der Gemeindevorsteher mit, daß der Besitzer des Wadenslochs gegen eine Pauschalgebühr von 40 M. allen Schülfern freien Eintritt während der Eislauftage gewährt. Von unserer Seite wurde ja wohl die Billigkeit dieses Angebots anerkannt, nicht aber die Zweckmäßigkeit, da die betr. Eisbahn an der nördlichen Peripherie des Ortes liegt und daher dem größten Teil der Schulkinder geringen Nutzen bietet. Unsere Genossen beantragten nochmals, den Schulhof, der zentrale Lage hat, in eine Eisbahn umzuwandeln und die Rekrusen dafür zu bewilligen, damit in den kurzen Winterstunden alle Kinder schon während der Pausen und Turnstunden sich auf dem Eise tummeln können. Es wurde beschlossen, das Angebot des Besitzers zu akzeptieren. — Bei der Aenderung der Bedingungen für die Erteilung der Ausnahmegenehmigung wurde von unseren Genossen angeregt, die in Aussicht genommene provisorische Bürgersteigbeseitigung bald vorzunehmen, um den zahlreich im Orte wohnenden arbeitslosen Bauarbeitern Beschäftigungsmöglichkeit zu bieten. Vom Gemeindevorsteher wurde entgegnet, daß zurzeit für Gemeinde die notwendigen Mittel fehlen und daß zur Durchführung des Planes die finanzielle Heranziehung der Anlieger notwendig sei. Beschlüsse wurden dann, den stalt benutzten Weg vom Tunnel bis zur Friedrichstraße zu pflastern. — Der Abschluß der Jahresrechnung 1912 des Gemeindehaushalts ergibt nach verschiedenen Vorträgen auf das Jahr 1913 einen Bestand von 10 000 M. Die Neuregelung der Gehaltsbezüge aller in Gemeinbedienst besetzten Personen bringt eine allgemeine Aufbesserung im neuen Etatsjahr. Den Gemeinbediensteten wurde pro Woche 1 M. Zulage bewilligt mit rückwirkender Kraft vom 1. November. — Eine rege Debatte brachte nach der von unseren Genossen gestellte Antrag, alle Personen, die aus einer anderen Landgemeinde zugezogen und zur Zeit der Aufstellung der Gemeinwählerliste noch nicht ein Jahr am Orte wohnen, aber sonst die gesetzlichen Bestimmungen erfüllen, das Wahlrecht zu erteilen. Nachdem dieser Antrag abgelehnt wurde von unseren Vertretern ein neuer formuliert, wonach auf Antrag der betreffenden Personen der Gemeindevorsteher dem Antrage stattgeben kann, ohne daß erst die Gemeindevertretung Stellung hierzu nimmt. Dieser Antrag ergab sich aus der Tatsache, daß die Gemeindevertretung im Januar zu spät stattfindet, um dazu Stellung zu nehmen und die Antragsteller sonst um ihr Recht kommen, wie dies vor zwei Jahren der Fall war. Mit vier Stimmen bei sieben Enthaltungen wurde der Antrag angenommen.

Zohannisthal.

Ans der Gemeindevertreterung. Zu der von unseren Genossen in voriger Sitzung angeregten Frage der Arbeitslosenunterstützung lag ein Antrag der Finanzkommission auf Bewilligung eines Kredites von 500 M. zur Deduktion einer Arbeitslosenunterstützung vor. Die Unterstützung ist als Darlehen gedacht und auch von der Gemeindevertretung in dieser Form angenommen. Die Herren Dr. Dietrich und Scherling unterstützten Erweiterungsanträge unserer Genossen gegenüber den Kommissionsvorschlägen. Es wurden mit 7 gegen 5 Stimmen, wobei letztere sich auf den Kommissionsantrag vereinigen, folgende Grundzüge aufgestellt: Die Unterstützung soll im allgemeinen bis zur Höhe von 60 M. in wöchentlichen Raten von höchstens 10 M. an verheiratete, ein Jahr am Orte wohnende arbeitslose Personen gezahlt werden, wenn dieselben im vorausgegangeren Jahre vier Wochen arbeitslos waren und nachweisen können, daß die letzte Arbeitslosigkeit von mindestens einwöchiger Dauer war. Da der in der Vorlage beantragte Kredit von 500 M. zur Deduktion der Unterstützung voraussichtlich nicht ausreicht, beantragte Herr Dr. Dietrich, denselben auf 1000 M. zu erhöhen; es wurde demgemäß beschlossen. Endlich dürfte auch der Platz für die Turnhalle gesichert sein. Erworbene ist von der Gemeinde hierfür das Gelände neben der Schule in der Friedrichstraße. Es soll mit dem Verrat Königsberger eventuell wegen Aufstellung des Projekts verhandelt werden.

Zohndorf.

Mit dem Lokalvorsitz hat sich die letzte Wählerversammlung des Wahlvereins zu befassen. Am Ort befinden sich zwei Lokale, die der Arbeiterschaft hartnäckig verweigert werden: das Restaurant „Zu den vier Jahreszeiten“, Inhaber Wilhelm Wirth, und das „Partirestaurant“, Inhaber Max Schulz. Die Bildungsbestrebungen der Zohndorfer Arbeiterschaft haben dadurch sehr zu leiden, weil sich das zur Verfügung stehende Lokal als viel zu klein erwiesen hat. Alle Vorstellungen der Lokalkommission bei den beiden Saalbesitzern waren bisher ohne Erfolg. Jeder von diesen beiden Wirten will sein Lokal freigeben, wenn es der andere tun würde, doch hat keiner von beiden die nötige Courage dazu. Zohndorf verfügt über eine gute Parteio rganisation von über 200 Mitgliedern und stellt über 85 Proz. sozialdemokratischer Landtagswähler. Die Versammlung hat deshalb beschlossen, im Frühjahr den Lokalkampf mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln aufzunehmen. — Den Bericht der Gemeindevertreter gab Genosse Schiffe, Redner betonte, daß das Ortsoberhaupt den einmal gefassten Beschluß, die Gemeindevertreterungen mindestens alle Monate einmal stattfinden zu lassen, nicht respektierte. Als unsere Genossen dieses Verhalten tadelten, habe er erklärt, daß wenn man mit Gewalt auf der Ausführung des gefassten Beschlusses bestehen würde, er sich überhaupt nicht danach richte. Die bürgerliche Mehrheit habe darauf beschlossen, die Einberufung der Gemeindevertreterungen in das Belieben des Gemeindevorsteher zu stellen. — Die verarmten Wäwen erhalten je 10 M. als Weihnachtsgeld; ein Antrag unserer Genossen, 15 M. zu bewilligen, wurde abgelehnt. — Einem langgeduldeten Wunsch, in der Paradiesstraße einen Briefkasten aufzustellen, hat die Oberpostdirektion entsprochen.

Rosenthal.

Reiche Beute machten Diebe in der Nacht zum Sonntag. Es wurde in das in der Hauptstraße belegene Gold-, Silber- und Wäwen Geschäft von Artur Treumer eingebrochen. Die Diebe durchschnitten die Jaloufie, räumten das Schaufenster aus und entwendeten Uhren und Silberfachen im Werte von 2—3000 M.

Votisdam.

Das Berner-Alfred-Bad in der Kaiser-Wilhelm-Straße, das dem Andenken des verunglückten Kavaliers Berner Alfred-Vielhauer von seiner Mutter geweiht wurde und als Berner-Alfred-Bad-Stiftung in die Verwaltung der Stadt übergeht, ist am Sonntag seiner Bestimmung übergeben worden. Die Fassade des Bades zeichnet sich durch würdige Gediegenheit aus und zwei Bronzefiguren am Eingang — Adam und Eva — symbolisieren den Zweck der Anstalt. Jede Abteilung des Bades ist durch einen separaten Zugang erreichbar. Im Untergeschoß liegen die Brauseabteilungen, darüber die Bannen- und Kabinenabteilungen. Der Hinterbau beherbergt im Untergeschoß die Wächeret, die auf das modernste eingerichtet ist. Durch eine besonders sinnreiche Apparatur wird dem Baderaum stets frische, vorgewärmte Luft zugeführt, die die verbrauchte Luft verdrängt. Der Sauberkeit wegen sind für die Wände vielfach Kacheln verwendet. Im Wäschenausschlag liegen zwei große Kessel, die automatisch mit Wasser gefüllt werden. Der auf dem Dachgrundstück noch verfügbare Raum wird später zur Anlage eines Licht- und Sonnenbades verwendet.

Nieder-Schönhaußen.

Linie 23. Um einen Ueberblick darüber zu gewinnen, wie viel Fahrgäste Frühwagen der Linie 23 benutzen würden, ist auf der Polizeiwache eine Liste aufgelegt, in die sich diejenigen Einwohner, die in den Morgenstunden Frühwagen dieser Linie zur Erreichung ihres Beschäftigungsortes benutzen würden, eintragen können. Das Ergebnis der Umfrage soll dazu dienen, die Große Berliner Straßenbahn zur Einlegung von Frühwagen zu veranlassen.

Notawales.

Gemeindevertreterung. Nach Mitteilung des Bürgermeisters betrug der von der Gemeinde eingerichtete Verkauf an Seefischen in der Zeit vom 19. August bis 21. November insgesamt 8045 Pfund. An die Einführung und den Verkauf von russischem Fleisch kann nach Ansicht der Kommission vorläufig nicht gedacht werden, da ein diesbezüglicher Antrag im vorigen Jahre vom Landrat abgelehnt wurde und eine neuerliche Eingabe gegenwärtig ungewiss erscheint. — Beschlüsse wurden der Erlass einer Polizeiverordnung, die den Gruppenausbau auf der Kleinen Sandhöfchen zuläßt. Die Angelegenheit hatte die Gemeindevertretung bereits in verschiedenen Sitzungen beschäftigt, ohne zu einem endgültigen Beschluß zu führen, bis sich einige Vertreter durch persönliche Inaugenscheinnahme von solchen Bauten in Grünau-Fallenberg und Steglitz von der Haltlosigkeit der gegen den Gruppenausbau geltend gemachten Bedenken überzeugen ließen. Die Höchstlänge der Gebäudegruppen wurde auf 60 Meter festgelegt. — Die Pflasterung der Eisenbahnstraße und des Lüberplatzes hat seit der veranlagten 26 000 M. nur 23 300 M. gekostet. Die mit 50 Proz. zu den Kosten herangezogenen Anlieger haben danach 31,88 M. pro laufenden Meter zu zahlen. — Der Punkt „Ordnungstatutarische Regelung der Straßencleinerung“ löste eine längere Debatte aus, an der sich Redner aller Abteilungen beteiligten. Während der vorgelegte Statutenentwurf die Verpflichtung zur Reinigung aller innerhalb der geschlossenen Ortslage belegenen öffentlichen Wege den Anliegern auferlegt wissen wollte, vertrat Gemeindevorsteher Reiff den Standpunkt, daß die Straßen Gemeingut seien und daher zu deren Reinigung allein die Gemeinde verpflichtet sei. Die mit Steuern bereits überbürdeten Hausbesitzer könnten eine weitere Belastung durch die Verpflichtung zur Reinigung nicht ertragen, der Gemeinde müßte es jedoch möglich sein, die Kosten zu übernehmen, da ja für andere Zwecke auf Geld vorhanden sei. Die für die Gemeinde auf etwa 27 000 M. pro Jahr veranschlagten Kosten würden sich wohl erheblich niedriger stellen; im vorigen Jahre habe der Straßenmeister z. B. nur etwa 17 000 M. herausgerechnet. Sehr bedenklich erscheine es ihm, die Hausbesitzer unter die Aufsicht der Polizei zu stellen, die trotz gegenteiliger Versicherung des Bürgermeisters nicht immer so nachsichtig sein würde, wie es notwendig wäre. Syndikus Goltsch wies darauf hin, daß das vorgezeichnete Reinigungssystem auch in anderen, sogar großen Kommunen eingeführt sei und sich dort bewährt habe. Genosse Reumann erklärte, daß er mit seinen Fraktionskollegen auf dem gleichen Standpunkt wie Gemeindevorsteher Reiff setze; auch er sei der prinzipiellen Meinung, daß die Gemeinde zur Straßencleinerung verpflichtet ist. Aber durch die Uebernahme der Reinigung wäre die Gemeinde gezwungen, die ohnehin hohen Steuerzuschläge um mindestens 10 Proz. hinaufzuschrauben, was im Interesse des Ortes unter allen Umständen zu vermeiden sei. Auf Anfrage des Gemeindevorstehers Schneider teilte der Straßenmeister mit, daß von den auf 27 000 M. veranschlagten Kosten etwa 10 000 M. auf die Gemeinde für Reinigung der Begrenzungen und Plätze entfallen würden, während die Anlieger den Rest von 17 000 M. zu tragen hätten. Für den Erfolg des Ordsatutats stimmten von 19 anwesenden Gemeindevorordneten 15. — Zum Punkt Verstärkung einiger Statuttitel für das laufende Etatsjahr lag auch ein Antrag der Müllabfuhrgenossenschaft vor auf Erhöhung der ursprünglich auf 380 M. bemessenen Summe für Mitabfuhr des der Gemeinde gehörigen Mülls auf 500 M. Genosse Reumann erinnerte hierbei, wie verfehlt die Gemeinde gehandelt habe, als sie die Müllabfuhr in eigener Regie wegen des anfänglichen Defizits aufgab. Wenn sie die Gebühren erhöht hätte, wie es die Genossenschaft getan hat, dann könnte sie heute dasselbe leisten. Der Bürgermeister erhob den Einwand, daß die Gemeinde schon deshalb nicht so billig arbeiten können wie die Genossenschaft, weil die Gemeinbediensteten eine geregelte Arbeitszeit haben und deshalb nicht so ausgenutzt werden können, wie die vom Fuhrunternehmer beschäftigten Arbeiter. Genosse Reumann widerlegte diese Ansicht jedoch mit dem Hinweis darauf, daß auch der für die Genossenschaft tätige Fuhrunternehmer in seinem Betriebe eine geregelte Arbeitszeit habe und seinen Arbeitern nicht nur tarifliche Löhne zahle, sondern auch etwaige Ueberstunden entschädige.

Kirchenaustritt und Amtsgerichtspraxis.

Die von uns in Nr. 827 mitgeteilte Methode des Amtsgerichts Kallberge, den Kirchenaustrittswilligen durch ungeschickliche Maßnahmen allerlei Schwierigkeiten zu bereiten, scheint, wie man uns mitteilt, auch beim Amtsgericht Königs-Wusterhausen Anwendung zu finden.

Auch hier sind Personen, die ihren Austritt aus der Kirche angezeigt haben, zum 1. bis 14. Januar 1914 zur mündlichen Erklärung bestellt.

Es sei nochmals darauf hingewiesen, daß diejenigen Personen, die ihre schriftliche Austrittserklärung vor dem 2. Dezember abgedandt haben, vom 29. bis 31. Dezember mündlich ihre Austrittserklärung während den Dienststunden abgegeben können; andernfalls müssen die Kirchensteuern ein Jahr länger gezahlt werden.

Das Amtsgericht Kallberge hat, wie man uns mitteilt, seinen Irrtum bereits berichtigt, indem es den Antragstellern, die am 1. Dezember ihre Austrittserklärungen eingekandt hatten, jetzt durch Schreiben bekannt gibt, daß dieselben nicht erst in der Zeit vom 1. bis 14. Januar 1914, sondern bereits vom 29. Dezember 1913 ab bis zum 11. Januar 1914 zwecks Abgabe ihrer Austrittserklärung sich melden können. Leider scheint auch hier ein erneuter Irrtum obzuwalten. Da der 11. Januar 1914 ein Sonntag ist, verlängert sich nach den gesetzlichen Bestimmungen die Frist zur Abgabe einer Willenserklärung um einen Tag, wenn der

